



Nr. 01 / März 2015

---

---

# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

**FRAU.  
MACHT.  
POLITIK.**



**50 JAHRE  
„DER LANDTAG“**

## INHALT

<b>FRAU. MACHT. POLITIK.</b>	<b>4 – 9</b>
Equal Pay Day: Debatte um gleiche Bezahlung	4
Öffentlicher Dienst: Wenige Frauen in Top-Jobs/ Wertekongress im Landeshaus	5
Statistik: Frauen in Landtag und Landesregierung	6
Pionierinnen: Lena Ohnesorge, Lianne Paulina-Mürl	7
Besucher-Umfrage: Frauen und Männer im Plenum	8
Der Landtag in Leichter Sprache	10
Die Seite fürs Ehrenamt	11
Ausschüsse: Neues Internet-Forum, Fachtag zur Inklusion, Friesen-Gremium	12
<b>JUBILÄUM</b>	<b>14 - 18</b>
50 Jahre Landtagszeitschrift: Leserbriefe, Blick ins Archiv	
<b>PLENARBERICHTE</b>	<b>19 - 22</b>
Ernährungswirtschaft: „Regionalität“ auf den Höfen	19
Bürgerbusse: Ehrenamtler ergänzen den Fahrplan	20
Hospize: Trost und Hilfe in der letzten Lebensphase	21
Wohnungseinbrüche: Polizeistellen und Bürgerwehren	22
<b>60 JAHRE BONN-KOPENHAGEN</b>	<b>23 - 25</b>
1955: Landtag debattiert über Rolle des SSW	23
Festakt in Sankelmark	24
Siegfried Matlok: Der dänische Blickwinkel	25
Der Fall Reinefarth und die braune Vergangenheit	26
Zehn Jahre danach: Kritik am Begriff „Heidemord“	27
Personalien	28
Ins Bild gerückt: Besucher im Landeshaus	29
Im Portrait: Tobias Koch (CDU), Kai Vogel (SPD)/ Impressum	30
Termine, Termine, Termine	32

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

der Monat März steht im Zeichen der Frauenpolitik. Am 8. März ist Internationaler Frauentag, und am 20. März war in diesem Jahr „Equal Pay Day“. Dieser Tag markiert den Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern. Der Landtag hat diese Themen aufgegriffen, und die Redaktion wirft einen vertieften Blick auf die Rolle von Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik.

Die erste Frau auf dem Chefsessel der Landesregierung, Heide Simonis, verlor vor zehn Jahren nach einem Abstimmungsmarathon im Landtag ihr Amt. In den Medien war in den letzten Wochen erneut vom „Heidemörder“ die Rede. Dieser Begriff ist höchst problematisch, sagt Politikwissenschaftler Prof. Joachim Krause. Seine Einschätzung lesen Sie auf Seite 27.

Außerdem werden in dieser Ausgabe zwei weitere Jubiläen gewürdigt. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, Grundstein für den Frieden im deutsch-dänischen Grenzland, werden 60. Und: Die Landtagszeitschrift feiert ihren 50. Geburtstag. Einen ausführlichen Rückblick finden Sie in der Mitte des Heftes.

Ihre Redaktion

## ZÄHLBARES

10

Menschen ernährte ein schleswig-holsteinischer  
Landwirt mit seiner Ernte im Jahr 1950.

Heute sind es

142

Mehr zum Strukturwandel in der  
Landwirtschaft auf Seite 19

## Olympia in Hamburg? Vorfreude und mahnende Worte

Ende März hat der Deutsche Olympische Sportbund Hamburg ins Rennen um die Sommerspiele 2024 oder 2028 geschickt. Setzt sich die Hansestadt durch, dann dürften die Athleten auch in Schleswig-Holstein an den Start gehen. Die Reaktion im Landtag: Freude, aber auch Skepsis.

Die CDU lobte das Hamburger Konzept, die sportbegeisterte Bevölkerung und das Umland, das gemeinsam die Spiele im Norden Deutschlands wolle. Von einem großen Tag für den Norden sprach die FDP. Gratulationen gab es auch von Seiten der SPD, zusammen mit einer Warnung vor olympischer Gigantomanie und einer Ermahnung an das Internationale Olympische Komitee (IOC), den Reformkurs beizubehalten.

Die Grünen gaben hingegen zu bedenken, dass Deutschland bereits auf dem besten Wege sei, die Fußball-Europameisterschaft 2024 zu bekommen. Damit habe Hamburgs Olympia-Bewerbung schlechte Karten, denn zwei sportliche Großereignisse würden nicht im selben Jahr an ein Land vergeben. Und die

Piraten sprachen sich angesichts der Kosten gegen die Spiele in Schleswig-Holstein aus.

Im Norden könnten die Golfer, die Handballer und die Segler antreten. Bis Ende April soll entschieden werden, ob Kiel, Lübeck oder Rostock Segelstandort wird.

Bevor Hamburg offiziell ins internationale Rennen um die Olympischen Spiele gehen kann, muss sich mindestens die Hälfte der Bürger für die Bewerbung aussprechen. Bis Januar 2016 sollen dann die ersten Bewerbungsunterlagen beim IOC vorliegen. Die Konkurrenz ist groß: Hamburg muss sich gegenüber Rivalen wie Boston oder Rom behaupten. Im Sommer 2017 wird dann feststehen, wo die Athleten 2024 an den Start gehen.



## Königlicher Besuch im Norden

Es herrschte Kaiserwetter, als der niederländische König Willem-Alexander und seine Frau, Königin Máxima, am 19. März den Lübecker Rathausmarkt besuchten. Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Torsten Albig (re.) begrüßten die royalen Gäste. Anschließend besichtigte das Königspaar das Lübecker Medizintechnikunternehmen Dräger und das Thünen-Institut in Trenthorst (Kreis Stormarn), eine Forschungseinrichtung für ökologischen Landbau. Willem-Alexander und Máxima waren mit einer Wirtschaftsdelegation auf einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Norddeutschland.

## Neu erschienen: drei Bücher und ein Film

Der Landtag hat neue Informationsmaterialien im Angebot.

- Nu gifft dat de ne'e sleswig-holsteenske Verfaten ok op Platt. Un üm dat eenfacher to moken, steiht de hochdütsche Text glieks mit döörbi.
- Die Dokumentation zum Altenparlament 2014 ist erschienen. Der über 200 Seiten starke Band enthält die Anträge, die rund 80 Senioren im vergangenen September erarbeitet haben. Hierzu haben die Fraktionen, die Landesregierung sowie die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Stellungnahmen abgegeben.

- Auch die Broschüre zum Treffen der „Jugend im Landtag“ vom letzten November liegt jetzt vor – ebenfalls mit den Forderungen der Nachwuchspolitikern und den Antworten der „großen Politik“.
- Was Jugendliche bei „Jugend im Landtag“ genau erwartet, hat das Pressteam der Veranstaltung 2014 mit Hilfe des Offenen Kanals Kiel in einem Film zusammengefasst. Die DVD ist ebenfalls beim Landtag erhältlich.

Alle Materialien können beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit kostenlos bestellt werden:

Tel.: 0431/988-1163, E-Mail: [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

### WORTWÖRTLICH:



„Die Gleichstellungsarbeit gleicht einem Hindernislauf über eine Marathonstrecke. Hierbei eine Spitzenzeit hinzulegen, haben wir längst verpasst.“

(Simone Lange, SPD)

„Wir wollen Frauen in Führungspositionen und Männer am Herd. Nur so werden wir Rollenklischees von beiden Seiten aufbrechen.“

(Marret Bohn, Grüne)

„Führungskräfte müssen nicht automatisch in Vollzeit arbeiten, um erfolgreich zu leiten und zu führen. Es ist nicht immer automatisch der Beste, wer am längsten im Büro sitzt.“

(Katja Rathje-Hoffmann, CDU)

„Allen dürfte bewusst sein, dass wir nicht nur im Bereich der Landesverwaltung weit von einem diskriminierungsfreien und wirklich geschlechtergerechten Arbeitsumfeld entfernt sind.“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW)



Kommentare zum 4. Gleichstellungsbericht der Landesregierung für den öffentlichen Dienst. Mehr: Seite 5

## Caroline und Lennart debattieren am besten



Anfang März trafen sich die 24 besten jungen Redekünstler Schleswig-Holsteins im Plenarsaal, um sich beim Wettbewerb „Jugend debattiert“ zu messen. In der Gruppe der achten bis zehnten Klassen konnte die 15-jährige Caroline Ruth (Foto li.) von der Stormarnschule in Ahrensburg die Jury überzeugen. Debattiert wurde über die Frage, ob alle weiterführenden Schulen einen Ausflug an die ehemalige innerdeutsche Grenze unternehmen sollten. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 setzte sich der 19-jährige Lennart Kalwa (re.) von der Max-Planck-Schule Kiel durch. Hier ging es um das Streitthema Schreibrift kontra Tastaturschreiben an Grundschulen.

Insgesamt hatten sich in Schleswig-Holstein in diesem Jahr rund 8.000 Schüler aus 51 Schulen an dem Wettbewerb beteiligt. Ende Juni vertreten Caroline und Lennart das Land beim Bundesfinale von „Jugend debattiert“ in Berlin. Der Landtag ist langjähriger Kooperationspartner bei der Ausrichtung des Landeswettbewerbs von „Jugend debattiert“.



## Gleiche Bezahlung noch in weiter Ferne: Männer kommen schneller nach oben

**Am 20. März war „Equal Pay Day“. Der „Tag der gleichen Entlohnung“ markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Der Landtag diskutierte vor diesem Hintergrund über die Rolle von Frauen in Beruf und Gesellschaft. Umstritten blieben die Gleichstellungspolitik des Landes und die jüngsten Berliner Vorstöße: die gerade beschlossene 30-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten größerer Unternehmen und das geplante Gesetz zur Offenlegung der Gehaltsunterschiede in Betrieben.**

**22** Prozent beträgt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern nach Angaben der Organisatorinnen des „Equal Pay Day“. „Das ist und bleibt ein Skandal“, schimpfte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. Das Motto müsse lauten: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit, etwas anderes kommt nicht in die Lohntüte.“ Stegner rief CDU und FDP auf, ihre Vorbehalte gegen Quote und Gehaltstransparenz aufzugeben und „nicht über angebliche Bürokratie oder Misstrauenskultur zu lamentieren“. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) merkte an, dass Frauen öfter in Teilzeit und in Niedriglohnbranchen arbeiten als Männer. Daraus ergebe sich bei der Entgeltungleichheit eine „bereinigte Lücke von sieben bis acht Prozent“. Aber auch dieser Wert sei „unanständig“, unterstrich Meyer.

Katja Rathje-Hoffmann (CDU) stellte fest: „Frauen entscheiden sich oft für einen ehrenhaften aber schlecht bezahlten Sozialberuf.“ Sie forderte Schulen und Studienberatungen auf, eine „geschlechtergerechte Berufswahl“ zu ermöglichen. Gemeinsam mit Wolfgang Dudda (Piraten) warf sie der Landesregierung vor, bei der Lehrbesoldung die eigenen Prinzipien zu verleugnen. Lehrkräfte an den Grundschulen, zu 90 Prozent Frauen, sollen künftig nach A12 besoldet werden, gleich ausgebildete Gemeinschaftsschullehrer hingegen nach A13. Dies sei eine „politisch gewollte ungerechte Behandlung“, klagte Dudda.

Typisch weibliche Eigenschaften wie „Einfühlungsvermögen, Kommunikationsfähigkeit, Teamgeist“ müssten besser bezahlt werden, mahnte die Grünen-

Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben. Und Jette Waldinger-Thiering (SSW) merkte an: „Wer sich bei der Erziehung der Kinder verdient gemacht hat, wird im Berufsleben später bestraft.“ Heiner Garg (FDP) forderte, die Betreuungsinfrastruktur so auszubauen, „dass Frauen eine echte Wahl haben“. Das Entgeltgleichheitsgesetz hingegen werde nichts bringen, so Garg, und bleibe „Symbolpolitik“.

Am Ende beschlossen Koalition und Piraten einen Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, gemeinsam mit den Tarifpartnern die Lohngleichheit voranzubringen. Auch bei der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ müssten die Lohnunterschiede zum Thema gemacht werden. Ein CDU-Gegenantrag fand keine Mehrheit.

(Drucksache 18/2810, /2832 neu)



**Sollten Unternehmen die Gehälter ihrer Beschäftigten offenlegen, um die Unterschiede zwischen Männern und Frauen erkennbar zu machen? Ja, sagt Eka von Kalben (Grüne, li.): „Wie soll ich gegen eine Diskriminierung angehen, von der ich gar nicht weiß, dass sie besteht?“ Nein, findet Anita Klahn (FDP): „Ich möchte für meine individuelle Leistung entlohnt werden, mit individuellen Lohnzuschlägen, und das möchte ich meinen Arbeitskollegen nicht unbedingt mitteilen.“**

## Öffentlicher Dienst:

## Nur wenige Frauen haben Top-Jobs

**Über 56 Prozent der Beschäftigten in Ministerien und Landesämtern sind Frauen. Aber nur wenige von ihnen sitzen auf einem Chefsessel. Das geht aus dem vierten Gleichstellungsbericht für den öffentlichen Dienst hervor. Es bleibt also noch viel zu tun, hieß es im Februar dazu im Landtag.**

Auffällig ist der hohe Teilzeitanteil unter den Frauen. Landesweit sind in der Arbeitswelt 70 Prozent der Teilzeitbeschäftigten weiblich. Demgegenüber liegt die Quote im Landesdienst bei 86 Prozent, heißt es in dem Bericht aus dem Sozialministerium. Und Teilzeit ist ein Karriere-Killer. Vorgesetzte bewerten Halbtagsarbeit oft schlechter als die Arbeit auf einer Vollzeitstelle, moniert der Bericht. Die Folge sei, dass „Frauen hier durch die Bank weg schlechter beurteilt und damit

strukturell benachteiligt werden“, rügte Jette Waldinger-Thiering (SSW). Aber auch vollzeitbeschäftigte Frauen werden immer noch schlechter beurteilt als ihre männlichen Gegenüber, beobachtete Wolfgang Dudda (Piraten): „Traditionelle Rollenerwartungen“ seien hier am Werk.

Entsprechend kommen Frauen seltener in den Führungs- und Leitungspositionen an. Nur jede vierte Abteilungsleitung ist mit einer Frau besetzt. Und nur zwei der Cheffinnen arbeiten in Teilzeit. „Das ist eine Quote von 2,9 Prozent aller Chefposten in den Abteilungen“, rechnete Simone Lange (SPD) vor. Außerdem: Nur ein Fünftel der Stellen mit lukrativer B-Besoldung gehört Frauen. Vor diesem Hintergrund forderte Anita Klahn (FDP), die Vereinbarkeit von Familie und Beruf „als festen Bestandteil moderner und nachhaltiger Personalpolitik gleichbe-

rechtigt auszubauen“. Immerhin gebe es Bewegung, kommentierte Katja Rathje-Hoffmann (CDU). Die Besoldung in den Gruppen A13 bis A16 sei inzwischen ausgewogen verteilt: „Das war vor fünf Jahren noch nicht so.“

Positive Trends gibt es auch in der Justiz. Der Anteil der Richterinnen und Staatsanwältinnen hat sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt. Und: Frauen besetzen vier der fünf Spitzenpositionen bei den Obergerichten. Das Oberlandesgericht, das Landessozialgericht, das Landesarbeitsgericht und das Obergericht haben eine Präsidentin.

Nachholbedarf sieht der Bericht bei den Gremienbesetzungen. Das Land entsendet Vertreter in die Aufsichtsräte zahlreicher Unternehmen. Dazu zählen etwa die HSH Nordbank, die Investitionsbank oder das Universitätsklinikum UKSH. Dies soll nach

einem Beschluss der Landesregierung aus dem vergangenen Sommer nun „geschlechterparitätisch“ geschehen. „Es gibt also allen Grund“, merkte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) an, „sich heute schon Gedanken zu machen, mit welcher Frau auf dem Ticket man morgen einen solchen Personalvorschlag einreichen will“.

Marret Bohn (Grüne) hob hervor, dass in diesem Jahr erstmals ein Teil des Landeshaushalts nach dem Prinzip des „Gender Budgeting“ verwaltet werde. Mithilfe von „geschlechtergerechter Haushaltspolitik“ soll überprüft werden, inwiefern Frauen und Männer von Ausgaben und Investitionen profitieren. „Ich finde, das ist angemessen und gerecht“, so Bohn.

Der Sozialausschuss behandelt das Thema weiter. (Drucksache 18/2498)

## Wertekongress: Die weibliche Seite der Macht

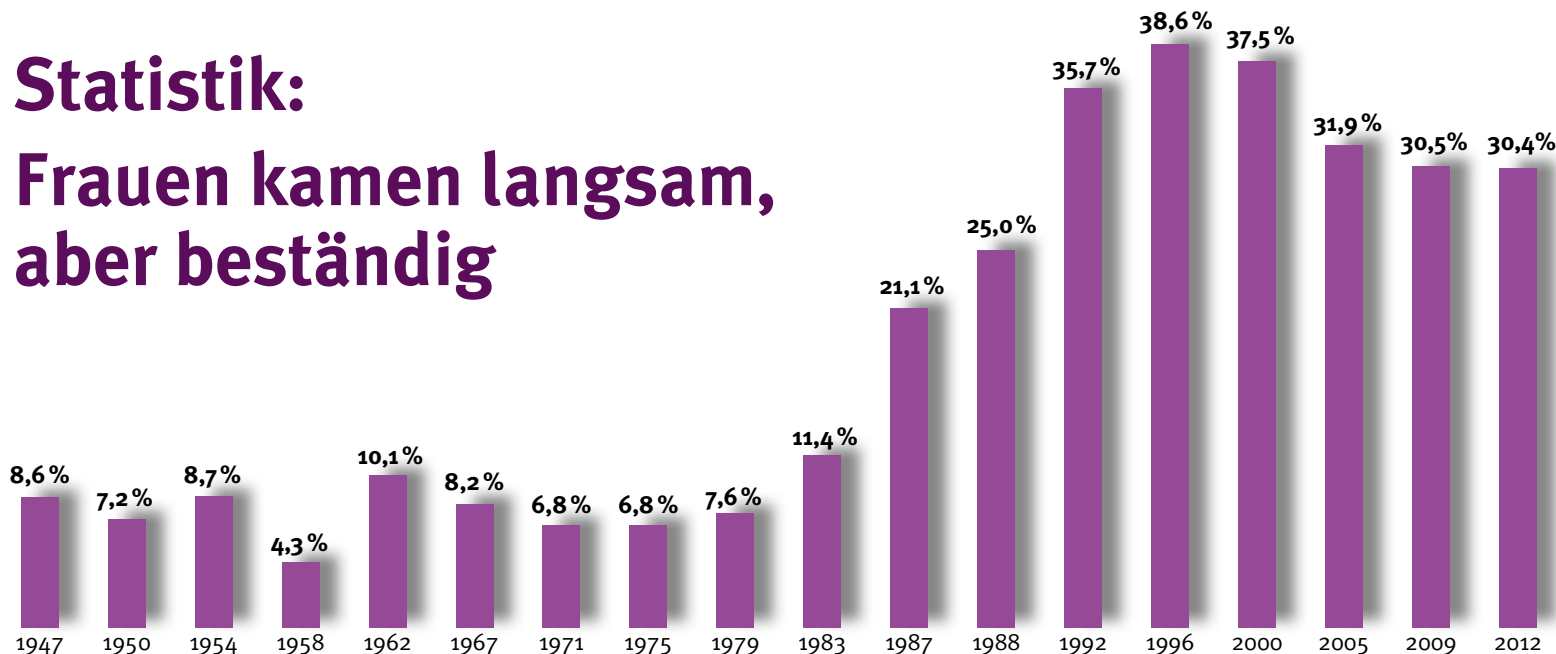


Frauen, die sich im Kampf um Macht und Chefposten durchsetzen wollen, brauchen Mut und Durchsetzungsvermögen – also Eigenschaften, die häufig Männern zugesprochen werden. Diesen Ratschlag erteilten die Rednerinnen des „Kieler Wertekongresses“. Die zweite Auflage dieser Veranstaltung stand unter dem Motto „Macht ist weiblich – macht nichts“. Rund 100 Frauen waren dazu am 7. März, einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, ins Landeshaus gekommen.

„Frauen stehen bei Diskussionen erst auf, wenn sie inhaltlich etwas zu sagen haben“, hat die ehemalige Kieler Oberbürgermeisterin und CDU-Landtagsabgeordnete Angelika Volquartz beobachtet: „Männer stehen dagegen auf, um Präsenz zu zeigen.“ Hier gelte es gegenzuhalten. „Die Ellenbogen müssen ausfahrbereit sein“, lautete Volquartz' Empfehlung. Frauen hätten eine Tendenz zur Harmonie, befand Sozial-Staatssekretärin Anette Langner (SPD). Sie rief dazu auf, die

Konkurrenz anzunehmen: „Macht ist nichts Verwerfliches.“ Ganz ähnlich sah das Kathy Kaaf, ehemalige Präsidentin von Soroptimist International, einem Netzwerk für Frauenrechte. „Frauen wollen perfekt sein – Männer Sieger im Kampf“, stellte sie fest. „Wenn Macht keinen Spaß machen würde, dann hätten die Männer sie schon längst an die Frauen abgegeben.“

# Statistik: Frauen kamen langsam, aber beständig



## Frauen im Landtag:

### Lange Zeit Exotinnen

Bis zum Ende der 1970er Jahre waren Frauen Exotinnen im Parlament. Zwischen drei und sieben weibliche Abgeordnete saßen pro Wahlperiode im Plenarsaal. Der Landtag hatte 69, später dann 73 Mitglieder. Ab den 1980er Jahren stieg der Frauenanteil stark an, seit zehn Jahren stagniert der Prozentsatz jedoch. Lange Zeit hatte der Landtag einen höheren Frauenanteil als der Bundestag. Zurzeit liegt der Prozentsatz in Berlin mit 36,5 Prozent jedoch über dem in Kiel.

## Frauen in der Landesregierung:

### Gruppenbild oft ohne Dame

Kabinett Hermann Lüdemann (SPD), 1947	0 von 9
Kabinett Kai-Uwe von Hassel (CDU), 1958	1 von 8
Kabinett Gerhard Stoltenberg (CDU), 1971	0 von 8
Kabinett Uwe Barschel (CDU), 1983	1 von 9
Kabinett Björn Engholm (SPD), 1988	4 von 11
Kabinett Heide Simonis (SPD), 1996	4 von 10
Kabinett Peter Harry Carstensen (CDU), 2005	2 von 8
Kabinett Peter Harry Carstensen (CDU), 2009	1 von 8
Kabinett Torsten Albig (SPD), 2012	4 von 8

Insgesamt 19 Frauen haben seit dem Zweiten Weltkrieg einer schleswig-holsteinischen Landesregierung angehört. Die erste war Lena Ohnesorge, die 1957 das Sozialministerium übernahm. Zum Vergleich: Im Bundeskabinett war erst vier Jahre später die erste Frau dabei, Gesundheitsministerin Elisabeth Schwarzhaupt (CDU).

Ohnesorge war zunächst Mitglied der Vertriebenenpartei BHE und wechselte später zur CDU. Im Amt blieb sie bis 1967. Danach dauerte es 16 Jahre, bis mit Ursula Gräfin Brockdorff erneut eine Frau am Kabinetts-tisch saß. Auch sie war für das Sozialressort zuständig. Mit der Regie-rungsübernahme der SPD 1988 stieg der Frauenanteil, und 1993 wurde Finanzministerin Heide Simonis Deutschlands erste Ministerpräsidentin. In der schwarz-gelben Regierungszeit von 2009 bis 2012 war Landwirt-schaftsministerin Juliane Rumpf (CDU) die einzige Frau.

Die Verantwortungsbereiche der Frauen im Kabinett entsprachen oft klassischen Rollenbildern: Schleswig-Holstein hatte bislang sechs Bildungs- und fünf Sozialministerinnen. Eine Innen- oder eine Wirt-schaftsministerin gab es dagegen noch nicht.

## Frauen in den Fraktionen:

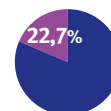
### Quoten und Quoren

Zurzeit variieren die Frauenanteile der Fraktionen zwischen einem Sechstel und der Hälfte (s. rechts). Ein wesentlicher Grund: die Mitgliedschaft in den Parteien. Bei den Grünen liegt der Frauenanteil bundesweit bei 38 Prozent. Bei der SPD sind es 31 Prozent, bei der CDU 25 und bei der FDP 23 Prozent (Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung). Bei den Piraten wird der Frauenanteil auf fünf bis 15 Prozent geschätzt, beim SSW sind es nach eigenen Angaben gut 50 Prozent.

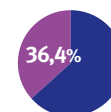
Außerdem schlagen sich die Quotenregeln der Parteien nieder. Die Grünen haben seit ihrer Grün-dung 1979 eine Frauenquote: Mindestens die Hälfte aller Listenplätze soll weiblich besetzt sein. Frauen nehmen stets die Spitzenposition ein sowie an-schließend die ungeraden Plätze (1, 3, 5, 7...).

Die SPD beschloss 1988 eine Frauenquote für Ämter und Mandate. Sie lag zunächst bei 33 Prozent, seit 1999 beträgt sie 40 Prozent. Die CDU hat seit 1996 ein nicht verpflichtendes Frauenquorum: Bei der Listenaufstellung soll mindestens ein Drittel der Kandidaten Frauen sein. Wird dieses Quorum nicht erreicht, ist der erste Wahlgang ungültig. Für den zweiten Wahlgang dürfen weitere Vorschläge gemacht werden. Der zweite Wahlgang ist auch dann gültig, wenn das Quorum erneut nicht erreicht wird.

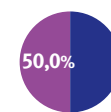
FDP, Piraten und SSW haben keine derartige Regelung.



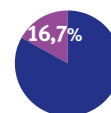
CDU: 5 von 22



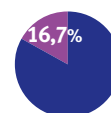
SPD: 8 von 22



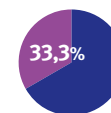
Grüne: 5 von 10



FDP: 1 von 6



Piraten: 1 von 6



SSW: 1 von 3

## Pionierinnen I

## Lena Ohnesorge:

## „Der einzige Mann im Kabinett“



Am 18. November 1957 ernannt Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel einen neuen „Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene“: die Abgeordnete Dr. Lena Ohnesorge, fortan „Frau Minister“ genannt. Sie ist die erste Frau in einer schleswig-holsteinischen Landesregierung und deutschlandweit die fünfte Ministerin eines Landeskabinetts.

Geboren 1898 als Lena Voß, wächst die spätere Ministerin in Prenzlau in der Uckermark auf. Vater und Mutter sind kommunalpolitisch aktiv. Lena Voß studiert an mehreren Universitäten Medizin, in Kiel schreibt sie ihre Doktorarbeit über Mumps an Kieler Schulen. 1924 heiratet sie den Arzt Hans Ohnesorge, bekommt fünf Kinder und lässt sich als Kassenärztin in Prenzlau nieder. Während des Zweiten Weltkrieges übernimmt sie zusätzlich die Praxis ihres Mannes, der zur Wehrmacht eingezogen wird. In dieser Zeit unterstützt Lena Ohnesorge Familienangehörige der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Sie setzt sich für eine Jüdin ein, die Zwangsarbeit leisten muss, und macht ab Januar 1945 jede Nacht Notdienst, als die Flüchtlingstrecks aus dem Osten in Prenzlau eintreffen.

Im April 1945 flieht Lena Ohnesorge mit ihrer Familie nach Lübeck. Dort baut sie eine neue Praxis auf und beginnt, sich politisch zu engagieren. Sie gehört zu den Mitbegründerinnen des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Für ihre Partei zieht sie 1950 in den Landtag ein. Im Verlauf der 1950er Jahre beginnt der BHE an internen Streitigkeiten zu zerfallen. Ohnesorge, nun schon Ministerin, tritt 1958 aus und wechselt zur CDU. Sozialministerin bleibt sie bis 1967.

Fraktionsübergreifend schätzt man Ohnesorges Fairness und ihr soziales Verständnis, aber auch ihre Beharrlichkeit und ihren Mut. Beobachter nennen sie den „einzigen Mann im Kabinett“. Auch auf bundespolitischem Parkett macht sich die Ministerin einen Namen. 1960 fragt Bundeskanzler Konrad Adenauer an, ob sie Nachfolgerin des zurückgetretenen Vertriebenenministers Theodor Oberländer werden will. Ohnesorge lehnt jedoch ab. Sie ist der Meinung, Adenauer habe sie nur gebeten, „weil er eine Frau im Kabinett haben will“.

Neben der Politik arbeitet Ohnesorge weiterhin in ihrem eigentlichen Berufsfeld. Von 1950 bis 1959 gehört sie als einziges weibliches Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Ärztekammer an, später ist sie Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes. Sie setzt sich für die Hausfrauenrente und eine stärkere Präsenz von Frauen in den Parlamenten ein. Für ihre Verdienste erhält sie zahlreiche Auszeichnungen, etwa das Bundesverdienstkreuz und die Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft. Am 12. August 1987 verstirbt die erste Ministerin Schleswig-Holsteins im Alter von 89 Jahren in Bochum.

## Pionierinnen II

## Lianne Paulina-Mürl:

## Präsidentin und Feministin

Als der Schleswig-Holsteinische Landtag Lianne Paulina-Mürl im September 1987 an die Spitze des Parlaments wählt, wird sie die erste Landtagspräsidentin Deutschlands. Die SPD-Politikerin wird ihr Amt in den folgenden Jahren auf vielfältige Weise prägen.

Lianne Paulina-Mürl kommt am 18. September 1944 in Bühlau in Westpreußen zur Welt. Nach Kriegsende flüchtet die Familie nach Schleswig-Holstein. In Kiel studiert sie Rechts- und Staatswissenschaften. Nach dem Studium arbeitet sie am Institut für Weltwirtschaft und tritt mit 28 Jahren der SPD bei. Schon bald beginnt Paulina-Mürl, sich für die Rechte der Frauen zu engagieren, ein Thema, für das sie sich während ihrer gesamten Laufbahn einsetzt. 1979 wird sie Mitglied des Landesvorstandes, zwei Jahre später Stellvertreterin des Landesvorsitzenden Günther Jansen. Paulina-Mürl ist seit vier Jahren Abgeordnete, als Björn Engholm sie 1987 in sein Schattenkabinett nominiert. Sie soll Frauenministerin werden. Nach den Wahlen ist die SPD zwar stärkste Kraft im Lande. Im Landtag herrscht jedoch ein Patt, und die SPD bleibt zunächst Oppositionspartei. Paulina-Mürl wird nicht Frauenministerin, sondern Landtagspräsidentin. In diesem Amt ist sie mit Schleswig-

Holsteins schwerster politischer Krise konfrontiert: der Affäre um Ministerpräsident Uwe Barschel und seinen Medienreferenten Reiner Pfeiffer. Hier beweist sie, wie es später heißt, „Festigkeit und Fingerspitzengefühl“.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen 1988 erreicht die SPD die absolute Mehrheit. Paulina-Mürl wird in ihrem Amt bestätigt. Sie zeigt sich als ebenso politische wie bürgernahe Präsidentin. An der 1990 verabschiedeten neuen Verfassung hat Paulina-Mürl großen Anteil. So geht die Aufnahme der Gleichstellung von Männern und Frauen als Staatsziel auf ihren Einsatz zurück, ebenso der Schutz der nationalen Minderheiten.

Die Sozialdemokratin gestaltet das Landeshaus offener und bürgernäher. Auf ihre Initiative hin hebt das Parlament die Bannmeile um den Landtag auf. Sie ruft das Altenparlament und politische Foren ins Leben, lädt Besuchergruppen ein und öffnet das Haus für die bildende Kunst, insbesondere für Künstlerinnen. Auch als Chefin wird Paulina-Mürl geschätzt: aufgeschlossen, humorvoll, herzlich und mit echtem Interesse an ihren Mitarbeitern – nur einige der Eigenschaften, die auch heute noch genannt werden.

Lianne Paulina-Mürl bleibt bis zur Wahl 1992 im Amt. Wegen

ihrer schweren Krebserkrankung verzichtet sie auf eine erneute Kandidatur. Drei Monate später, am 27. Juli 1992, stirbt Lianne Paulina-Mürl mit nur 47 Jahren.



**Franziska Fendrich (li.) und Alina Janzen, Justizsekretärinwärterinnen beim Landgericht Lübeck:**

Alina Janzen: „Ich finde, dass der Unterschied nicht zwischen Mann und Frau liegt, sondern in der Persönlichkeit der einzelnen Leute. Es kommt vor allem auf die Person an. Wenn sie etwas ruhiger ist, verhält sie sich auch am Rednerpult eher ruhig. Und dann gibt es wieder Leute, die sehr aufbrausend sind.“

Franziska Fendrich: „Die Männer lassen sich eher provozieren. Die Frauen bleiben doch recht ruhig und sachlich und steigern sich nicht in etwas hinein.“



Besucher-Umfrage

# Frauen machen anders Politik. Männer auch.

Wo liegen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wenn im Plenarsaal des Landtages debattiert wird? Gibt es typisch männliche oder typisch weibliche Verhaltensmuster? Wir haben uns auf der Tribüne bei den Besuchern der Plenarsitzung im Februar umgehört.

**Fatih Agri, Schüler des Gymnasiums Kronwerk, Rendsburg:**

„Ich finde, die Politikerinnen waren in ihren Reden emotionaler. Bei ihnen wurde es auch eher laut als bei den Herren, die sachlicher und faktenorientierter waren. Dass die Frauen mal lauter wurden, fand ich aber gut, weil es bei ein paar Themen nötig war, ein bisschen Nachdruck in die Sache zu legen.“



**Julia Kahl, Schülerin des Gymnasiums Kronwerk, Rendsburg:**

„Es gibt einen Unterschied bei der Gestik und Mimik von Männern und Frauen. Die Frauen sind wesentlich dynamischer in der Art und Weise, wie sie reden, aber auch, wie sie gestikulieren. Und vom Wesen her sind sie aufgeschlossener. Fragen oder Meinungen von Kollegen haben sie offen entgegengenommen, sind darauf eingegangen und haben gegenargumentiert.“



**Max Grage, Schüler des Gymnasiums Kronwerk, Rendsburg:**

„Mir ist aufgefallen, dass die weiblichen Vertreter im Landtag weniger mit technischen Geräten beschäftigt waren und mehr zugehört haben. Die männlichen Kollegen haben oft miteinander geschnackt, sie haben viel mit dem iPad und Laptop gespielt oder hatten ihr Smartphone in der Hand. Beim Reden ist mir aufgefallen, dass die Frauen stärker aufeinander eingegangen sind. Sie waren aber auch aufbrausender, während die Männer sachlicher waren und mit Zahlen argumentiert haben.“





**Darline Kiewald,  
Schülerin des Gymnasiums Kronwerk,  
Rendsburg:**

„Auf mich wirkten die Männer ruhiger bei ihren Vorträgen. Sie hatten nicht so oft das Problem, nach Wörtern zu suchen oder sich zu versprechen. Die Frauen hatten zwar sehr gute Argumente, beim Vortragen haben sie aber einen etwas unsicheren Eindruck gemacht.“



**Herlich Marie Todsen-Reese,  
ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete,  
Vizepräsidentin von 2009 bis 2012:**

„Es gibt zwar immer Ausnahmen, aber meine Erfahrung ist, dass Frauen gut zuhören und in ihren Beiträgen sehr sachbezogen und fundiert argumentieren. Entsprechend ist für Frauen die Sache wichtiger als Machtpositionen. Männern geht es natürlich auch um die Sache, aber sie haben den Machtgewinn stärker im Auge und richten ihre Strategie darauf aus. Im Parlament kann man feststellen, dass es sehr schwierig ist, mit Sachlichkeit den großen, tosenden Beifall zu bekommen. Den bekommen häufig eher die, die zwar rhetorisch brillant sind, aber gerne auch eine Portion Polemik benutzen. Das finde ich bei manchen Themen bedauerlich, denn schlussendlich lassen sich Probleme nur durch Sachlichkeit lösen. Vielleicht sollten sich manche Politikerinnen coachen lassen, um sich auch mit Witz und Schlagfertigkeit den Beifall zu erarbeiten. Denn der ist natürlich auch nötig, damit der Funke überspringt. Ein solcher Rat hätte mir früher auch gut getan.“



**Tim Brockmann, Geschäftsführer  
Handwerk Schleswig-Holstein e.V.:**

„Meinem Eindruck nach ist kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Frauen und Männern in der Ausdrucksweise oder der Darstellung am Rednerpult feststellbar. Sie sind alle Profis. Die Abgeordneten sind geschult, kennen den Umgang und wissen, wie sie sich im Plenum zu präsentieren haben.“



**Niklas Paasch,  
Schüler des Gymnasiums Kronwerk, Rendsburg:**

„Sprachlich haben Männer und Frauen sich wenig unterschieden, eher inhaltlich. Die Männer haben immer Distanz zum Thema gehalten, während die Sprecherinnen persönliche Bezüge eingebracht haben oder auf Einzelschicksale eingegangen sind. Dadurch wirkten sie den Themen näher. Ich hatte außerdem den Eindruck, dass die weiblichen Abgeordneten aufmerksamer sind. Von ihnen kamen mehr Zwischenrufe, während viele männliche Abgeordnete mit ihren Handys oder Tablets beschäftigt waren.“



**Josephine  
Pietzsch,  
Schülerin des  
Gymnasiums  
Kronwerk,  
Rendsburg:**

„Die Politikerinnen waren emotionaler in ihrer Vortragsweise und haben emotionaler auf Fragen reagiert. Wenn Frauen am Rednerpult standen und die Männer ihnen Fragen gestellt haben, waren sie teilweise etwas abwertend ihren Kolleginnen gegenüber. Das finde ich schade.“



## Der Land-Tag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

### Mehr Geld fürs Wohnen



Wohnungen in einer großen Stadt wie Kiel sind oft teuer.

In Schleswig-Holstein gibt es große Städte. Das sind zum Beispiel Kiel und Lübeck. In einigen suchen besonders viele Menschen eine Wohnung. Es gibt aber manchmal nicht genug Wohnungen.

Die Besitzer wollen Geld verdienen. Sie verlangen einen Preis für das Wohnen. Der Preis heißt Miete. Viele Menschen haben dafür zu wenig Geld. Sie müssen auf dem Land wohnen und weit in die Stadt fahren. Oder sie leben in einer viel zu kleinen Wohnung.

Die Regierung vom Land sagt: Auch Menschen mit wenig Geld sollen in der Stadt wohnen können. Sie hat deshalb einen Plan gemacht.

In den nächsten Jahren werden viele neue Wohnungen gebaut. Familien mit Kindern sollen dort wohnen. Oder Familien mit einem behinderten Menschen. In einigen Wohnungen sollen Flüchtlinge wohnen. Alte Wohnungen sollen wieder schön gemacht werden.

Den Plan finden nicht alle im Land-Tag gut. Peter Lehnert von der Partei CDU sagt: Es wurde etwas vergessen. Menschen sollen auch Geld bekommen, wenn sie ein eigenes Haus bauen. Oder eine Wohnung kaufen.

Thomas Hölck von der Partei SPD findet: Der Plan ist fertig. So wird das Problem gelöst.

Patrick Breyer von der Partei Piraten sagt: Es gibt zu viele Wohnungen, in denen keiner wohnt. Das muss der Land-Tag verbieten. Zum Beispiel Ferien-Wohnungen. In denen kann man Urlaub machen. Dort wohnt aber oft niemand. Zum Beispiel wenn keine Ferien sind. Dann stehen sie leer.

#### ERKLÄRUNG:

**Land-Tag:** Im Land-Tag werden Gesetze gemacht. Das sind Regeln, die für alle gelten. Die Menschen im Land-Tag heißen Abgeordnete. Sie werden alle fünf Jahre neu gewählt.

**Partei:** Menschen mit den gleichen Zielen sind zusammen in einer Partei.

**Flüchtlinge** sind Menschen, die in ihrem Land nicht mehr bleiben können. Hier bei uns werden sie geschützt. Der Schutz wird auch **Asyl** genannt.



Viele Menschen träumen davon, ihr eigenes Haus zu bauen.

## DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Altersgrenze:** Künftig können bereits 18-Jährige zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt werden. Der Landtag hat einstimmig beschlossen, die bisherigen Altersbeschränkungen aufzuheben. Bisher lag das Zulassungsalter für Bürgermeisterkandidaten bei 27 Jahren. Außerdem durften sich nur Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters oder des Landrates bewerben, die am Wahltag höchstens 62 Jahre alt sind. Spätestens am 68. Geburtstag mussten die Verwaltungschefs aus Altersgründen ausscheiden. Auch diese Beschränkung ist gefallen. Der Vorstoß für die Gesetzesänderung kam von der FDP. (Drucksachen 18/1550, /2800)

**Wahlalter:** Bei Landtagswahlen dürfen in Schleswig-Holstein auch 16- und 17-Jährige ihr Kreuzchen machen. Wer seine Unterschrift unter eine Volksinitiative setzen will oder für ein Volksbegehren und einen Volksentscheid stimmen möchte, der muss jedoch 18 Jahre alt sein. Für diese „uneinheitlichen“ Regelungen gebe es „keine sachliche Begründung“, moniert die FDP. Die Liberalen, die gerade eine Volksinitiative für Notenzugnisse an Grundschulen gestartet haben, fordern deswegen, das Volksabstimmungsgesetz anzupassen: Auch 16-Jährige sollen die Initiativen unterstützen können. Hierüber berät nun der Innen- und Rechtsausschuss. (Drucksache 18/2813)

**Bürgerbeteiligung:** Die Öffentlichkeit soll künftig früher an Großprojekten wie der Fehmarnbelt-Querung oder dem A20-Ausbau beteiligt werden. Nachdem der Bund diverse Neuregelungen in das Verwaltungsverfahrensgesetz geschrieben hat, gibt es jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf für Schleswig-Holstein, in dem die Landesvorschriften ergänzt beziehungsweise geändert wurden. Konkret sollen die Bürger über allgemeine Ziele eines Bauvorhabens frühzeitig informiert werden. Außerdem muss künftig

verbindlich erklärt werden, ob das jeweilige Projekt notwendig ist und ob es Alternativen gibt. Im Bereich der Planfeststellung sollen der Verwaltung zeitliche Fristen vorgeschrieben werden. Zudem zielen einige Neuregelungen darauf ab, Umweltschutzvereinigungen rechtzeitig in die Planungen einzubinden, um juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Der Innen- und Rechtsausschuss wird die Zweite Lesung vorbereiten. (Drucksache 18/2582)

**Bleistifte in Wahlkabinen:** Die Piraten wollen Bleistifte aus Schleswig-Holsteins Wahlkabinen verbannen. Die wegradierbare Schrift stellt nach Auffassung der Piraten eine mögliche Quelle für Wahlfälschungen dar. Deswegen sollen künftig nur noch „dokumentenechte Stifte“ ausliegen. Ob dafür das Wahlgesetz geändert werden muss, wird nun der Innen- und Rechtsausschuss beraten. Bisher schreiben keine Gesetze die Verwendung bestimmter Stifte vor. (Drucksache 18/2622)

**Brandschutz-Ehrenzeichen:** Um das Brandschutz-Ehrenzeichen in Silber verliehen zu bekommen, müssen ehrenamtliche Feuerwehrleute 25 Jahre aktiv tätig sein. Bisher gilt als Beginn der Anwartschaft der Eintritt in den aktiven Dienst der Freiwilligen Feuerwehr mit dem 18. Lebensjahr. Jetzt möchte die CDU, dass bereits Jugendlichen, die ab dem 16. Lebensjahr eine Ausbildung bei der Wehr absolvieren, diese Zeit angerechnet wird. Die Union verspricht sich davon, die Attraktivität der Jugendabteilungen in den Feuerwehren zu erhöhen. Ab 40 Jahren Dienst in der Feuerwehr gibt es das Brandschutz-Ehrenzeichen in Gold. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. (Drucksache 18/2581)

**Kita-Plätze:** Die Landesregierung will eine Datenbank aufbauen, die helfen soll, Kita-Plätze bedarfsgerecht zu verge-

ben. Gesammelt werden sollen Namen, Anschriften, Geburtsdaten, Geschlecht und Betreuungsbedarf der Kinder sowie Namen und Adressen der Eltern. Ein Entwurf mit den notwendigen Änderungen am Kindertagesstättengesetz wurde an die Ausschüsse für Soziales und Bildung überwiesen. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-Plätzen vorzuhalten, ist gemeinsame Aufgabe der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden. Seit August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- bis Dreijährige. (Drucksache 18/2688)

**Grundsicherung:** Der Kompromiss zwischen Land und Kommunen zur Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung ist unter Dach und Fach. Der Landtag stimmte im März einstimmig zu. Bisher finanzierten das Land vorwiegend stationäre Leistungen, die Kommunen ambulante Leistungen der Sozialhilfe. Künftig beteiligt sich das Land an allen Ausgaben der Sozialhilfe. Teil des Kompromisses ist, dass die Landesbeteiligung von 78 auf 79 Prozent angehoben wird. 2015 sind 652 Millionen Euro Landesmittel im Topf. Hinzu kommen etwa 230 Millionen Euro vom Bund. (Drucksachen 18/2499, /2757)

**Tempo 30:** Die Liberalen fordern, dass Kommunen Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kitas, Seniorenwohnheimen, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Krankenhäusern „unbürokratisch und eigenverantwortlich“ einrichten können. Ein entsprechender Antrag wurde an den Wirtschaftsausschuss sowie den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen unterstützt den FDP-Plan und fordert zudem, Anwohner stark befahrener Straßen durch Tempo-Limits zu entlasten. Hierfür wäre eine Änderung der Straßenverkehrsordnung durch den Bund nötig. (Drucksache 18/2782, /2842)

## Ideen gegen

## Wahlmüdigkeit gesucht

Im Kampf gegen Wahlmüdigkeit setzt der Landtag auch auf Ideen aus der Bevölkerung. Im ersten Diskussionsforum auf der Homepage des Schleswig-Holsteinischen Landtages können Bürger ab sofort ihre Meinung einbringen, wie sich aus ihrer Sicht eine höhere Wahlbeteiligung erreichen lässt.

„Die Wahlbeteiligung sinkt von Wahl zu Wahl. Wir wollen und müssen als Landtag mit konkreten Maßnahmen gegensteuern und freuen uns dabei auch über frische Ideen aus der Bevölkerung“, sagte die Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, Barbara Ostmeier, beim Start des Diskussionsforums Anfang Februar in Kiel. Mit 46,7 Prozent erreichte die

Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2013 einen neuen Tiefstand, bei der Europawahl blieb der Wert in Schleswig-Holstein mit 43,3 Prozent knapp fünf Punkte hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, Piraten und SSW haben Vorschläge erarbeitet, zu denen in fünf Foren – nach Themengebiet geordnet – Stellung bezogen und

diskutiert werden kann. In einem sechsten Forum stehen eigene Vorschläge aus der Bevölkerung im Mittelpunkt. Derzeit läuft parallel zum Bürgerforum eine schriftliche Anhörung von Vereinen und Verbänden im Innen- und Rechtsausschuss. „Alle Dokumente werden im Diskussionsforum veröffentlicht, damit jeder Teilnehmer den gleichen Stand der Diskussion hat“, betont

Ostmeier. Eine zeitliche Begrenzung des Diskussionsforums gibt es derzeit nicht, denn „der Ausschuss möchte möglichst intensiv und fundiert alle Vorschläge prüfen, um anschließend zu einem guten Ergebnis zu kommen“. Dafür nehmen sich die Abgeordneten ausreichend Zeit. „Bis 2017 wollen wir einen wirksamen Maßnahmenkatalog auf den Weg bringen“, so die Ausschussvorsitzende.



Sie erreichen das Forum von der Startseite des Landtages [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) aus über dieses Banner.

## Nachwuchspolitiker

## im Innenausschuss



Eine gute Stunde nahm sich der Innen- und Rechtsausschuss Ende Februar Zeit, um mit dem Präsidium von „Jugend im Landtag“ (JiL) über die aktuellen Beschlüsse des Jugendparlaments zu diskutieren. Präsidentin Lea Stelljes sowie ihre Vizes Carlos von Steinkeller (li.) und Lukas Zeitler diskutierten mit den Abgeordneten über Themen wie Waffenexporte, Liberalisierung von Cannabis und Extremismusbekämpfung. Auch die Forderung nach einer Teilnahmepflicht für Migranten an Deutschkursen – erhoben von einem JiL-Teilnehmer mit Migrationshintergrund – stieß auf Interesse. „Wir sind sehr überrascht, das war sehr positiv“, fasste Präsidentin Lea Stelljes nach der Sitzung zusammen. Über den Austausch mit der Landtagspolitik hat das Präsidium den letztjährigen „Jugend im Landtag“-Teilnehmern anschließend via Facebook berichtet. Ende April gibt es noch eine große Abschlussrunde im Landeshaus.

## Petitionsausschuss

## debattierte erstmals öffentlich

**Zum ersten Mal in seiner jahrzehntelangen Geschichte hat der Petitionsausschuss Mitte Februar eine Petition öffentlich beraten.**

Rund zwei Dutzend Bürger verfolgten im Landeshaus und via Internet-Radio die Diskussion über eine Öffentliche Petition vom April 2014, mit der eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung an Schleswig-Holsteins Schulen gefordert wird. Sie war von 5.674 Mitzeichnern unterstützt worden. Ergebnis: Inhaltlich stimmten die Abgeordneten mit dem Bürgerbegehren überein. Um die Details kümmern sich nun die Experten im Bildungsausschuss, die das Thema gemeinsam mit dem jährlichen Regierungsbericht zur Unterrichtsversorgung behandeln wollen.

Der Petitionsausschussvorsitzende Uli König sprach anschließend von einer sehr konstruktiven, „hart in die Sache gehenden“ Beratung. Grundsätzlich verspricht

sich König noch mehr Transparenz durch öffentliche Sitzungen: „Es ist für die Petenten nicht nachvollziehbar, wenn sie eine Öffentliche Petition machen und nachher die Öffentlichkeit von der Beratung ausgeschlossen wird.“

König kündigte weitere Sitzungen im großen Kreis an – allerdings wohl zunächst nur zu Öffentlichen Petitionen, die im Internet für jedermann einsehbar sind und dort auch direkt unterstützt werden können. Eine solche Petition muss der Ausschuss intensiv beleuchten, sofern sich mehr als 2.000 Mitzeichner finden. Theoretisch kann der Ausschuss laut der jüngsten Änderung der Landesverfassung auch normale Petitionen einzelner Bürger öffentlich beraten. Hier sei der Ausschuss jedoch „noch zurückhaltend“, sagte König. Es sei fraglich, ob es „öffentlichkeitsrelevant und sinnvoll ist, wenn sich Leute über den Gartenzaun des Nachbarn beschwerten“.

## Fachtag des Bildungsausschusses: Inklusionskonzept bleibt umstritten

**A**nhörung einmal anders: Der Bildungsausschuss lud Mitte Februar zu einer neuen Art von Fachgespräch über das Thema Inklusion an den Schulen. Üblicherweise antworten die Experten im Ausschuss nacheinander auf Fragen der Abgeordneten. Diesmal saßen die Parlamentarier gemeinsam mit den rund 100 Fachleuten aus 50 Verbänden und Institutionen im Rund des Plenarsaals, um miteinander zu diskutieren. Es ging um das Inklusionskonzept der Landesregierung, um Schulassistenten, das nötige Geld und den Übergang von der Schule in den Beruf.

Die Ausschussvorsitzende Anke Erdmann zieht im Interview ein Resümee.

**Einen ganzen Tag lang hat der Bildungsausschuss mit den Fachverbänden das Inklusionskonzept unter die Lupe genommen. Was hat das gebracht?**

Wir haben sehr verschiedene

Expertise zu diesem Thema im Land. Es war festzustellen, dass zu vielen Punkten unterschiedliche Ratschläge gegeben werden. Es herrscht aber bei anderen Punkten auch eine große Einigkeit. Je konkreter es wird, desto weiter fällt es auseinander.

**Was waren die größten Kontroversen und wo herrscht Einvernehmen?**

Einigkeit herrscht ganz klar darüber, dass wir mehr Ressourcen brauchen. Alle sind der Meinung, dass die Sonderpädagoginnen und -pädagogen eine besondere Profession sind und auf jeden Fall in ihrer Expertise erhalten werden müssen. Die Förderzentren – da gab es nur ganz wenige andere Stimmen – sollen als weitere Schule im System bleiben. Kontrovers ging es zu bei der Frage, wo Förderkräfte künftig angesiedelt werden sollen: besser an den Regelschulen oder an den Förderzentren? Auch im Be-



Die Bildungsausschussvorsitzende Anke Erdmann (Mitte) leitet die Expertentagung im Plenarsaal.

reich „Ausgestaltung der Schulassistenten“ gab es unterschiedliche Vorstellungen – etwa zu den Qualifikationen, die solche Assistenten mitbringen sollen, oder den Vorgaben, die ihnen gemacht werden.

**Die Anregung, einen Fachtag statt einer mündlichen Anhörung abzuhalten, kam von Ihnen. Die Experten sollten dadurch besser miteinander diskutieren können, statt einfach nur nacheinander Stellung zu beziehen. Inwieweit ist das gelungen?**

Die Fachleute haben aufeinander Bezug genommen, sich teil-

weise mehrfach zu Wort gemeldet. In der Pause gab es sehr viel positives Feedback von ganz unterschiedlichen Ebenen: Die Diskussion sei noch mal vielfältiger, hieß es. Das sei in einer normalen Anhörung anders.

**Wie geht es weiter?**

Wir werden das Thema im Ausschuss auf jeden Fall noch mal sehr intensiv diskutieren. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Fraktionen auf Grundlage dieses Fachtags eigene Anträge formulieren.

Interview: Janine Wergin

## Biike gehört zum bundesweiten Kulturerbe

**Das nordfriesische Biikebrennen ist ins „nationale Verzeichnis immaterielles Kulturerbe“ aufgenommen worden. Im Friesengremium des Landtages löste die Nachricht Freude aus.**

**A**m 21. Februar jeden Jahres lodern an der schleswig-holsteinischen Westküste die Biike-Feuer aus Holz und Reisig. Der Brauch geht bis ins Mittelalter zurück. Ursprünglich zum Kampf gegen böse Geister und später als Abschiedsgruß für abfahrende Walfänger gedacht, ist die Biike heute ein Volksfest und ein Touristenmagnet. Das Biikebrennen spiegelt den Reichtum friesischer Kultur wider, betonte Ilse Johanna Christiansen, Vorsitzende des Friesenrates, bei der Sitzung im Landeshaus Mitte Februar. Mittlerweile habe sich der friesischer Brauch zu einem festen Bestand-

teil von Geschichte und Tradition des gesamten Landes entwickelt. Im Friesengremium kommen Abgeordnete aus Landtag und Bundestag sowie Vertreter der Landesregierung zweimal jährlich mit friesischen Kulturorganisationen zusammen. Hierzu zählt auch der Friesenrat, der die Biike für die Brauchtumsliste vorgeschlagen hatte.

Die Biike ist eine von insgesamt 27 Traditionen, die Mitte März offiziell Eingang in die bundesweite Kulturerbeliste fanden. Weitere Beispiele sind das niederdeutsche Theater, das Reetdachdeckerhandwerk, der rheinische

Karneval und das Chorsingen. Kultusministerkonferenz, Bundesregierung und die deutsche UNESCO-Kommission haben den Katalog zusammengestellt.

Anfang März ist die nächste Bewerbungsrunde gestartet. Bis

zum 30. Oktober können Bürger Aspekte ihrer Alltagskultur aus den Bereichen Tanz, Theater, Musik oder Handwerk melden. Nähere Informationen hierzu gibt es unter [www.unesco.de/5714.html](http://www.unesco.de/5714.html).



Friesisches Volksfest: die Biike



## Goldenes Jubiläum: 50 Jahre „Der Landtag“

Im Januar 1965 erschien die erste Ausgabe der Landtagszeitschrift. Der damalige Parlamentspräsident Paul Rohloff hatte das Blatt aus der Taufe gehoben, „um jungen Menschen und interessierten Bürgern Schleswig-Holsteins ihr Landesparlament überschaubar zu machen, so daß sie Arbeit und Leistung unserer Volksvertretung besser als bisher verstehen und beurteilen können“. So schrieb es Rohloff „zum Geleit“ in der ersten Ausgabe.

In fünf Jahrzehnten hat sich viel verändert. Das Erscheinungsbild der Zeitschrift wurde immer wieder an den Geschmack der Zeit angepasst, und die gedruckte Information auf Zeitschriftenseiten wird inzwischen durch ein umfangreiches Internet-Angebot ergänzt. Geblieben ist der Anspruch aus der Anfangszeit, „hilfreiche Kunde und zutreffende Informationen allen denen zu vermitteln, die wissen wollen, wie Landespolitik im Schleswig-Holsteinischen Landtag praktiziert wird“.

Dies ist die 433. Ausgabe der Landtagszeitschrift. Rund 10.000 Seiten wurden in Druck gegeben, in der Landtagsbibliothek füllen die alten Ausgaben etwa acht Regalmeter. Auf den folgenden Seiten werfen wir den Blick auf Texte, Bilder und Ereignisse aus den letzten fünf Jahrzehnten.

## Leser loben und tadeln

**Zahlreiche Leserbriefe hat die Redaktion im Lauf der Jahrzehnte erhalten: positive, negative und manchmal auch kuriose.**

**Eine Auswahl aus den letzten Jahren:**

„Als ehemaliger Flensburger fühle ich mich nach wie vor mit meiner Heimat Schleswig-Holstein verbunden. Die Artikel in der Zeitschrift ‚Der Landtag‘ sind für mich von großer Wichtigkeit, und ich halte dadurch einen politischen Kontakt zu meiner Heimat.“  
Stefan Hakenberg, Paderborn, 2003

„Bei der Durchsicht habe ich festgestellt, dass die Seiten völlig falsch geheftet wurden. Seitenzahl in der Reihe des Umblätterns: 1, 2, 7, 8, 9, 10, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 11, 12, 13, 14, 19, 20. Bitte prü-

fen Sie sofort, ob dieser Heftfehler generell entstanden ist, oder ob nur mein Exemplar betroffen ist.“  
Helmut Hahn, Seth, 2009

„Ein dickes Lob für die Zeitschrift. Ich finde es toll, so viele Informationen über unser Land zu bekommen, über die parlamentarischen Angelegenheiten und Beschlüsse.“  
Birgit Neumann, per E-Mail, 2004

„Ich danke für den jahrelangen Bezug der Zeitschrift. In Anbetracht der schwierigen Finanzlage der Kommunen in unserem

Bundesland muss ich leider die Zeitschrift ‚Der Landtag‘ abbestellen. Die eingesparten Mittel bitte ich meiner Wohnortgemeinde Hohenwestedt im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs gutzuschreiben.“

Reinhard Schmölcke, Hohenwestedt, 2010

„Aus persönlichen Gründen nach Weimar umgezogen, bin ich durch Ihre Zeitung noch immer mit dem schönen Land im Norden verbunden. Dafür heute einmal meinen herzlichen Dank.“

Wolfgang Horn, Weimar, 2009

„Mit Erstaunen musste ich in der Ausgabe Nr. 01/2013 einen Artikel über die Einwohnergrenze lesen. In dem Artikel wird durchgehend

das Wort ‚Gemeinderat‘ verwendet. Die Gemeindeordnung kennt jedoch nicht dieses Wort, sondern die Worte ‚Gemeindevertreter/in‘ bzw. ‚Gemeindevertretung‘. Ich versuche immer, meine Gemeindevertreter/innen darauf hinzuweisen, dass sie keine ‚Gemeinderäte‘ sind und würde mich freuen, wenn zumindest in offiziellen Verlautbarungen des Landes auch eine korrekte Wortwahl verwendet werden würde.“

Peter Hölck, Hohenlockstedt, 2013

„Ich beziehe die Zeitschrift seit Jahren. Ich habe noch kein Heft so ausgiebig und intensiv gelesen wie dieses. Der neue ‚Landtag‘ hat sehr gewonnen.“

Reinhard Wiese, per E-Mail, 2015

## Halbzeit-Bilanz

Vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zog Ministerpräsident Dr. Stoltenberg erste Bilanz. Seine gestrige Regierungserklärung zur Halbzeit der gegenwärtigen Legislaturperiode hat zweierlei deutlich gemacht. Dem Regierungschef ist zuzustimmen, daß die Politik dieser Regierung das Land ein gutes Stück vorangebracht hat, wobei die Hilfen des Bundes und die Leistungen der Kommunen mit einzubeziehen sind. Es ist jedenfalls erheblich mehr geleistet worden, als die SPD-Opposition – das wird die heutige Debatte wiederum zeigen – aus ihrer parlamentarischen Funktion heraus bereit ist zuzugestehen. Die alles in allem positive Bilanz wird andererseits keineswegs durch die Feststellung geschmälert, daß nicht alle Blütenträume gereift sind. Die zunehmende Finanzenge des Haushalts, die Folgen der Kosteninflationierung wie der geld einschränkende Stabilitätsdruck, die im Vergleich zum Bund unausgewogene Aufgabenverteilung und Finanzausstattung zu Lasten des Landes sind Fakten, die nicht wegzudiskutieren sind. An ihnen müssen nüchtern und sachlich Leistungen und unerfüllte Wünsche gemessen werden. Zur Form der Regierungserklärung und Darstellung des breiten Spektrums ist allerdings kritisch anzumerken, daß durch die Art eines „Warenkatalogs“ viel, ich meine zu viel, angesprochen worden ist. Die notwendigerweise herausarbeitende politische Konzeption mit ihren lagebedingten Schwerpunkten blieb dabei auf der Strecke. Zahlen und Daten wären besser und übersichtlicher aufgehoben gewesen in einer Anlage zur Regierungserklärung.

Hans-Jürgen Meyn

Nordfriesische Nachrichten

## Süsumer Nachrichten

### Starker Gegner

Von Hannelore Asmus

Bei der SPD-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags fand gestern ein entscheidender Wachwechsel statt. Der Abgeordnete Klaus Matthiesen aus Flensburg ist neuer Fraktionsvorsitzender, wie es der Landesparteitag in Eckernförde empfahl. Joachim Steffen, der bisherige Fraktionschef, ist – soweit es die Landtagsarbeit betrifft – ins zweite Glied zurückgetreten, wird aber jedenfalls noch für zwei Jahre als Parteivorsitzender das Heft fest in der Hand behalten.

Wer ist Matthiesen? Was ist von ihm zu erwarten? Der 32jährige Studienleiter aus einer Arbeiterfamilie mit der Zwischenstation eines Postbeamten hat sich über das Studium der Sozialarbeit zum Erwachsenenbilder an der Grenzakade-

mie Sankelmark hochgearbeitet. Ihm ist es sozusagen in den Mund gelegt, daß er verbindlicher und eingängiger zu den Leuten, oder wie es sich für den Politiker geziemt, zu den Wählern, sprechen kann als sein Vorgänger Steffen. In Sachen Aussage und Überzeugungskraft muß die große Gegenpartei, die regierende CDU in Schleswig-Holstein, Matthiesen stärker fürchten als Steffen. Matthiesen wird nicht so leicht auf Grund seiner Aussagen als „gefürchteter Linker“ darzustellen sein.

Spürt man dem Inhalt seiner Rede nach, die er gestern nach seiner Wahl zum neuen Fraktionsvorsitzenden und Oppositionsführer hielt, so ist sie die neue kollektive Auffassung der SPD-Führung von Schleswig-Holstein: Konziliant in der Form, aber hart in der Sache. Dabei legte Matthiesen denn auch gleich eine Idee auf den Tisch, über die nachzudenken lohnt: „Damit wir endlich aus der Phase der gegenseitigen Beschimpfungen (von CDU und SPD) herauskommen, schlage ich vor, daß wir den Landtagspräsidenten bitten, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Parlamentsreform zu bilden.“

Im Ziel der Landespolitik unterscheiden sich Steffen und Matthiesen naturgemäß nicht. Sie wollen die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl im April 1975 an die Hebel der Regierungsmacht bringen. Das aber soll diesmal betont mit dem Hinweis auf die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundesrat geschehen. Sozusagen das Schicksal der Nation, die ungebremste Durchsetzbarkeit der Gesetzgebung der sozial-liberalen Bundesregierung, wollen die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein in die Waagschale werfen. Ihr Motto: Wenn die CDU in Kiel aus dem Sattel geworfen wird, verlieren CDU und CSU im Bundesrat die Mehrheit und die Regierung Brandt/Scheel kann besser regieren.

Es ist schwer zu sagen, ob Steffen öffentlich bereits zu diesem Zeitpunkt die FDP und den SSW dieses Landes so wohlwollend in das Kalkül einer gemeinsamen Gruppierung im neuen Landtag einbezogen hätte. Auf alle Fälle – Dr. Gerhard Stoltenberg, der CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hat Matthiesen als politischen Gegner mehr zu fürchten, als es bei Steffen, der mit seinen kompliziert vorgebrachten Ideologien wenig ankam und zudem Angriffsflächen bot, der Fall war.

## LANDESZEITUNG

### Generationswechsel

Der Wachwechsel in Kiel brachte keine Überraschung, aber er bedeutet dennoch einen Einschnitt. Wie tief er sein wird, läßt sich frühestens am Ende der Legislaturperiode feststellen. Es ist wieder einmal einer der so oft zitierten Generationswechsel, ein besonders auffallender dazu.

## Kommentare aus Presse und Rundfunk

Mit seinen 29 Jahren wird Uwe Barschel jüngster Vorsitzender einer Landtagsfraktion, und er weiß nur zu gut, daß ihm diese Jugendhypothek nicht nur Vorteile bringt. Es gibt in seinen eigenen Parteilisten eine beachtliche Zahl von Kollegen, denen sein Aufstieg zu schnell gekommen ist. Wie stark der Einfluß dieser „alten Garde“ ist, wird am besten daran deutlich, daß es ihnen gelungen ist, Barschel gleich von drei langgedienten Parlamentariern als Stellvertreter einzurahmen.

Und um jeden Zweifel auszuräumen, daß dem neuen Mann an der Fraktionsspitze nur die halbe Macht und damit auch das halbe Geld zustehen soll, hat man die aus Tradition verbundenen Ämter des Fraktionsvorsitzenden und des Vorsizes im mächtigen Finanzausschuß getrennt. Daß der Westküstenvertreter Asmusen und nicht Barschel über die Geldverteilung bestimmen soll, ist die eigentliche Überraschung des Ämterwechsels. Vielleicht hat hier Gerd Lausen zum Abgang noch einmal entscheidende Weichen gestellt.

Dabei befindet sich der Flensburger Landrat fast in der gleichen Situation wie sein Nachfolger an der Fraktionsspitze. Auch Lausen tritt als „junger Mann“ ein Amt an, das von einer echten Persönlichkeit geprägt worden ist. Hans-Hellmuth Qualen gehört zu den wenigen Politikern, denen selbst der politische Gegner jederzeit das Prädikat honorig zugestanden hat, und der auch nach gründlicher Überlegung von sich sagen kann, daß er keine Feinde hat.

Kein Zweifel, mit Gerd Lausen wird einer der vielzitierten dynamischen Männer ins Finanzministerium einziehen, mit seiner oft sehr direkten Art wird er sicherlich auch manchem distinguierten Kanzleibeamten auf den Schlipps treten. Dennoch verbirgt sich hinter seiner rauhen Schale ebensoviel Wohlwollen wie Humor. Lausen ist aber nicht nur, wie es so schön heißt, „Mensch“, er ist auch im guten Sinne mit allen Wassern der Politik gewaschen. Und gerade das kann bei dem anstehenden Tauziehen um die Steuermillionen von größter Bedeutung sein.

Erich Maletzke

## 1973:

In den Anfangsjahren druckte „Der Landtag“ häufig Kommentare aus Tageszeitungen ab. In dieser Ausgabe begutachten die Journalisten zwei neue Gesichter in der ersten politischen Reihe: Klaus Matthiesen übernimmt den Fraktionsvorsitz der SPD, Uwe Barschel wird sein Amtskollege bei der CDU.

# Die Noten in der Grundschule

Auf wenig Zustimmung stieß bei der Regierungsfraktion ein FDP-Antrag, die Notengebung an der Grundschule dahingehend zu verändern, daß nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Klasse das bisherige Beurteilungssystem durch ein verbales Bewertungsverfahren ersetzt wird. Außerdem sollten in der dritten und vierten Klasse nur noch die Leistungsfächer Deutsch, Mathematik sowie Heimat- und Sachunterricht in der bisherigen Form bewertet werden.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Neithart Neitzel wies in der Begründung der Initiative darauf hin, daß die Grundschule bereits bei der Einschulung mit einer steigenden Anzahl verhaltensauffälliger Kinder konfrontiert werde. In den Schulen seien häufiger als früher Aggressionen und Lernverweigerungen zu beobachten. Über Schulstreß und Schulangst werde seit Jahren diskutiert. Diesen Problemen müsse bereits in der Grundschule begegnet werden. Die Grundschule müsse Lernprozesse aktivieren und motivieren und außerdem müsse die Schule den Kindern Spaß machen. Diesem Ziele diene der Abbau eines unnötigen Leistungsdruckes. „Mit unseren Vorstellungen für eine kindgerechte Schule wollen wir keineswegs Leistungsanforderungen abschaffen“, versicherte Neitzel, für das Kind aber seien Zensuren von eins bis sechs völlig abstrakt und gleichzeitig ein ungeeignetes Mittel, „Kinder an die Schule heranzuführen“.

Da die erste und zweite Klasse als pädagogische Einheit betrachtet werden können, ist nach Ansicht von Neit-

zel auch eine einheitliche Bewertungsform angebracht. Er wies darauf hin, daß eine Reihe von Bundesländern die Notengebung in der zweiten Klasse bereits abgeschafft hat; Schleswig-Holstein sollte sich dieser „sinnvollen Entwicklung“ anschließen.

Kultusminister Dr. Peter Bendixen verteidigte dagegen die bisherige Regelung, die nur im ersten Schuljahr keine Notengebung vorsieht. Er räumte jedoch ein, daß die verbale Beurteilung eine ganze Reihe von Vorteilen hat. Die sogenannte Ziffernote könne zu früh zu überhöhten Leistungsanforderungen führen; gleichzeitig werde der Lehrer von dem Zwang befreit, den Unterricht lediglich an den „meßbaren Produkten“ auszurichten.

Der weiterführende Vorschlag der FDP ist nach den Worten von Bendixen jedoch vor allen Dingen von den Praktikern abgelehnt worden.

Eine der Hauptschwächen der verbalen Beurteilung liegt nach Ansicht von Bendixen in „ihrer relativen Unklarheit“ begründet. Die Beschreibungen ließen den Deutungen durch Eltern und Schüler einen großen Spielraum; außerdem könnten sich „immer wiederkehrende Klischees“ entwickeln, da ein Grundschullehrer in seinem Schulleben etwa 2000 Zeugnisse zu schreiben habe.

Bendixen wies darauf hin, daß der Grundschullehrer in Schleswig-Holstein schon seit Jahren zusätzlich zu den Ziffernoten Angaben über das Verhalten in der Schule machen könne. Gerade diese Verbindung sei einer kindgerechten Schule angemessen.

Abschließend kündigte Bendixen jedoch eine „vertiefte Beratung“ des FDP-Vorschlags in den Ausschüssen an. Der SPD-Abgeordnete Rudolf Johna schloß sich weitgehend der Argumentation der FDP an und meinte: „Wir sind der Meinung, bei den Kindern dürfe nicht schon zu Beginn der Schulzeit Leistungsdruck, Angst und Schulunlust entstehen“. Die SPD sehe in dem Zensurproblem nur einen Aspekt einer notwendigen inneren Schulreform.

Johna warf der Landesregierung insgesamt eine schlechte Bildungspolitik zu Lasten der Grundschule vor. Er nannte als Beispiele unter anderem die zu hohe Zahl von Sitzenbleibern und die zahlreichen Überweisungen von Grundschulern auf die Sonderschulen. Die Grundschule habe vor allen Dingen den Zweck, zu fördern und unterschiedliche Startchancen aufgrund unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen auszugleichen. In der Grundschule komme es eben nicht darauf an, die Kinder einer Klasse zu vergleichen. Der CDU-Abgeordnete Max Stich räumte ein, daß es zu den schwersten Aufgaben der Pädagogen an einer Grundschule gehöre, die Leistungen der ihnen anvertrauten Kinder gerecht zu beurteilen. Verbalisierte Grundschulzeugnisse erhalten nach Ansicht von Stich leicht den Charakter ausführlicher Personalgutachten. Er sei der Auffassung, daß eine Benotung mit Ziffern im Interesse einer möglichst objektiven Information der Eltern über den Leistungsstand ihrer Kinder „jedoch nicht so schlecht ist, wie es manchmal unterstellt wird“.

## 1982:

Notenzeugnisse an Grundschulen? Dieser Streit schwelt seit mehr als 30 Jahren. Damals fordert die FDP, die Benotung für die Kinder zu entschärfen.



# 1999:

Ein Jahr zuvor hatten die Bürger entschieden: keine Rechtschreibreform an Schleswig-Holsteins Schulen. Nun kippt der Landtag den Volksentscheid, damit das Land nicht zur sprachlichen „Insel“ wird. Öffentliche Proteste folgen.

DER LANDTAG  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Nun doch die neue Rechtschreibung

### Landesparlament setzt sich über den Volksentscheid hinweg

**Über einen erfolgreichen Volksentscheid hat sich der schleswig-holsteinische Landtag hinweggesetzt und den Weg frei gemacht für die Rückkehr zur Rechtschreibreform an den Schulen. In erster und zweiter Lesung billigte das Parlament im September einen von allen Fraktionen getragenen Gesetzentwurf für die entsprechende Änderung des Schulgesetzes.**

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl im September 1998 war Schleswig-Holstein das einzige Bundesland, in dem an den 1050 Schulen wieder nach dem alten Regelwerk unterrichtet wurde. 56,4 Prozent der Befragten hatten sich damals für die Beibehaltung der alten Schreibregeln ausgesprochen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte hier bereits, wie in den anderen Bundesländern, zwei Jahre lang die neue Orthografie gegolten.

Die Rechnung der Reformgegner, von einem erfolgreichen Volksentscheid in Schleswig-Holstein werde das Signal für die bundesweite Rückkehr zu den alt hergebrachten Regeln ausgehen, ging allerdings nicht auf. Nachdem dann zunächst die Amtssprache auf die neue Schreibweise umgestellt wurde und auch die meisten Zeitungen die neuen Regeln anwenden, galt das alte Regelwerk schließlich nur noch für die Schulverwaltung und die etwa 400 000 Schülerinnen und Schüler.

Auslöserin der Wende war die CDU gewesen, die die Volksinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“ im Vorfeld der Bundestagswahl noch unterstützt hatte. Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) hat einen Erlass zur Umsetzung des am Ende einstimmigen Parlamentsvotums für die Neuschreibung bereits vorbereitet. Nach den Herbstferien kann die Reform dann auch im Norden gelten.

Anders als im Vorfeld des Volksentscheids vor einem Jahr, als Koalition, F.D.P. und SSW auf der einen und CDU auf der anderen Seite sich noch erbitterte Debatten um die Rechtschreibreform geliefert hatten, mühten sich Redner aller Fraktionen im September darum, Schärfen zu vermeiden: Der

Landtag brachte zugleich sein Unbehagen über die mit dem Parlamentsvotum verbundene Aufhebung des ersten erfolgreichen Volksentscheids in Schleswig-Holstein zum Ausdruck. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen bestehen nach Darstellung von Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) jedoch nicht.

Die Entscheidung und vor allem deren Zeitpunkt sei seiner Fraktion nicht leicht gefallen, sagte der SPD-Abgeordnete Jürgen Weber. Ähnlich äußerte sich auch Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave. Gerade die Sozialdemokraten hätten sich für die Schaffung der Volksgesetzgebung eingesetzt, betonte Weber. Mit der Übernahme der Reform in der Verwaltung ohne Schulen aber entstände die „völlig absurde Situation“, dass Schulen und Schulleiter eine andere Schreibung verwenden

würden. Wir sind auch von ihrer Notwendigkeit immer noch nicht überzeugt.“ Die jetzige Entscheidung aber sei im Interesse der Kinder nötig. Eine dauerhafte „Insel“ von Schleswig-Holsteins Schulen könne nicht hingenommen werden.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Irene Fröhlich, sah eine geänderte Sachlage, nachdem der erfolgreiche Volksentscheid Schleswig-Holstein mit seiner Haltung zur Rechtschreibreform nicht zum Trendsetter gemacht habe. Der CDU hielt sie vor, die Reformgegner wider besseres Wissen unterstützt zu haben. Frau Fröhlich betonte, die Grünen sähen die plebiszitären Elemente der Verfassung als notwendige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Diese würden entwertet, wenn der Eindruck entstehe, ein Parlament könne nach Belieben mit den Ergebnissen von Volksentscheiden umgehen.

Der F.D.P.-Abgeordnete Ekkehard Klug hielt das Vorgehen des Landtags für rechtlich korrekt, aber politisch für fragwürdig. „Es wäre widersinnig, wenn der Landtag, der in Artikel 10 der Landesverfassung als oberstes Organ der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein gekennzeichnet wird, in dieser Sache gehindert sein sollte, ein Gesetz zu beschließen.“



Trotz gegenteiligen Volksentscheids: das neue Regelwerk jetzt auch in Schleswig-Holsteins Schulen

würden als der Rest des deutschen Sprachraums. „Das kann man nicht zulassen.“

Wie Redner anderer Fraktionen trat Weber für eine Überprüfung der Gesetzgebung über die Volksentscheide ein. So müsse über Regelungen zur Geltungsdauer von Volksentscheiden nachgedacht werden. Weber verwies darauf, dass Bürgerentscheide im kommunalen Bereich erst nach zwei Jahren aufgehoben werden könnten.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jost de Jager, hielt an der inhaltlichen Kritik an der Rechtschreibreform fest. „Bei der Frage, ob diese Reform klug, durchdacht und handwerklich präzise konzipiert worden ist, sind wir nicht vom Saulus zum Pau-

Allerdings werfe der mit zwölf Monaten nahe zeitliche Abstand zum Termin des Volksentscheids Fragen auf.“

Die SSW-Abgeordnete Anke Spoo-rendonk sagte, viele Bürgerinnen und Bürger seien angesichts des Vorgehens des Landes „empört und zornig“. Das Parlament aber habe es hier mit zwei unvereinbaren Grundsätzen zu tun, die beide zentrale politische Zielsetzungen des SSW seien: „Einerseits geht es um den Ausbau plebiszitärer Elemente, andererseits um die Erfüllung unserer Verantwortung gegenüber den Schulkindern.“ Im Fall Rechtschreibreform aber sei der Landtag gezwungen, zwischen beiden zu entscheiden, „denn sie lassen sich nicht unter einen Hut bringen“.

# Ich muss draußen bleiben

Auch in  
Kneipen?

## Rauchverbot rückt näher

Auch Schleswig-Holstein steuert auf ein umfassendes Rauchverbot in der Öffentlichkeit zu. In Erster Lesung hat der Landtag mehrheitlich einen Gesetzentwurf der Landesregierung zum Nichtraucherschutz unterstützt. Künftig soll im Norden das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und Gaststätten – mit Ausnahme strikt abgegrenzter Räume – generell verboten sein. Der Gesetzentwurf orientiert sich an dem Beschluss der Ministerpräsidenten vom März und strebt eine enge Verzahnung mit den norddeutschen Partnern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern an. In Hamburg hat die Bürgerschaft kürzlich ein Gesetz mit ähnlichen Inhalten beschlossen.

Da mittlerweile drei Viertel der Deutschen nicht rauchten, sei das Nichtrauchen „der Normalfall und Rauchen die Ausnahme“, hob Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) bei Vorstellung des Gesetzes hervor. Sie traf damit den Grundton im Plenum, das eine weitgehende Verbannung des Blauen Dunstes aus dem öffentlichen Raum unterstützte. Einzig bei der von der Regierung beabsichtigten Ausnahmeregelung, demnach in strikt abgetrennten Räumen das Rauchen erlaubt sein soll, klappten die Meinungen auseinander. Im Brennpunkt der Debatte stand dabei der Gaststätten- und Diskothekenbereich.

Die Nebenraum-Regel mache das Gesetz „löchrig“, sagte die Grünen-Abgeordnete Monika Heinold und begründete dies damit, dass das Gaststätten-Personal den Gesundheitsgefahren ausgesetzt bleibe. Die Liberalen wiederum, die im Mai bereits einen eigenen Entwurf vorgelegt hatten (s. *Landtagszeitung* 05/2007), wollen das Rauchen weiterhin gestatten, sofern die Lokale als „Raucher-Gaststätte“ oder „Raucher-Disco“

gekennzeichnet sind. „Die Landesregierung dehnt den Begriff des öffentlichen Raumes willkürlich auf private Angebote an die Öffentlichkeit aus“, kritisierte Heiner Garg (FDP). So seien Eckkneipen, die freiwillig besucht werden, nicht mit Finanzämtern oder Krankenhäusern zu vergleichen. Als Alternative zum Total-Verbot schlägt die FDP zudem die Rauch-Freiheit in Gaststätten vor, die über leistungsstarke Entlüftungsanlagen verfügen.

„Überall wo Raucher und Nichtraucher sich begegnen, soll der Nichtraucherschutz Vorrang haben“, hielt Peter Eichstädt (SPD) dagegen. Und seine Koalitionskollegin von der CDU, Frauke Tengler, begrüßte den Gesetzentwurf „in seiner Stringenz und Klarheit“. Er enthalte keine faulen Kompromisse. Auch Lars Harms (SSW) bezeichnete die schwarz-rote Stoßrichtung als „klar und eindeutig“. Über das Gesamtpaket zum Nichtraucherschutz, mit den Änderungsanträgen von Grünen und FDP, wird nun im Sozial- und im Wirtschaftsausschuss weiter beraten. (Drucksachen 16/1435, /1504, /1508) ■



Das zum Januar 2008 geplante „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens“ sieht ein Rauchverbot in allen Landes- und Kommunalbehörden, Krankenhäusern, Unis, Kultureinrichtungen,

**Sollte das Gesetz greifen, müssen rauchende Kneipenbummler auch in Schleswig-Holstein vor die Tür**

### Das ist geplant

Gaststätten und Discos vor. Ausgenommen werden sollen abgetrennte Nebenräume, allerdings nicht in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Bei Verstößen drohen Rauchern Bußgelder von bis zu 400 und Gastwirten bis zu 4.000 Euro. Das Gesetz, erweitert das Rauchverbot in den Landesbehörden, das der Landtag im vergangenen Oktober beschlossen hat (*Landtagszeitung* 09/2006). Zudem verbietet ein Erlass der Landesregierung bereits seit 2005 das Rauchen an den Schulen (*Landtagszeitung* 02/2006). Jüngst, am 1. September, trat das Rauchverbot im Zuständigkeitsbereich des Bundes in Kraft. Demnach ist der Blaue Dunst in allen öffentlichen Verkehrsmitteln, Bussen, Taxis und Bundesbehörden von September an untersagt. Und: Tabakwaren dürfen nur an über 18-Jährige verkauft werden.

## 2007:

Kein blauer Dunst mehr in Behörden, Krankenhäusern, Unis – und auch in Kneipen und Discos. Das ist anfangs heftig umstritten. Inzwischen hat sich der Qualm gelegt.



## Agrarpreise fallen, Höfe schließen:

### „Regionalität“ soll helfen

**Weltweite Konkurrenz macht den heimischen Bauern schwer zu schaffen. Die Preise für Fleisch, Milch oder Getreide sinken seit Jahren. Wie soll sich die Ernährungswirtschaft im Lande darauf einstellen? Landwirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) setzt auf „regionale Wertschöpfungsketten“. Die Opposition wirft ihm Versäumnisse vor.**

Grundlage der Landtagsdebatte im Februar war eine Große Anfrage der SPD. Ergebnis: Die Verbraucher profitieren von der Entwicklung. In den 70er Jahren gaben sie noch 19 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus; heute sind es nur noch elf Prozent. Die Landwirte hingegen geraten unter Druck. Gab es in Schleswig-Holstein 1966 rund 50.000 Betriebe, waren es 2010 nur noch 14.000. „Alle 23 Jahre verlieren wir die Hälfte der Betriebe und in der Regel auch die Hälfte der Arbeitsplätze“, rechnete Habeck vor.

Um gegenzusteuern, will der Minister Lebensmittelproduzenten mit Weiterverarbeitern an einen Tisch bringen: „Die beiden wissen zwar voneinander, stimmen sich aber nicht strategisch ab.“ Ein Unternehmen, das eine neue

Erdbeermarmelade auf den Markt bringen wolle, könne bereits im Vorwege den Bauernverband über seinen künftigen Bedarf informieren. Regionaltypische Qualitätsprodukte seien weniger von fallenden Weltmarktpreisen betroffen, hofft Habeck.

Die Opposition hielt dem Minister vor, die heimische Landwirtschaft nicht genug zu unterstützen. Heiner Rickers (CDU) kritisierte den Rückgang der Schlachtkapazitäten. Das Schlachten außerhalb Schleswig-Holsteins bedeute nicht nur längere Tiertransporte, sondern auch den Verlust der Wertschöpfung vor Ort. Und Oliver Kumbartzky (FDP) beklagte, es mangle an einem „gründerfreundlichen Klima“. Die Landwirte bräuchten „keine von Verboten, Misstrauen und Kontrolle durchgezogene Politik, sondern sie brauchen die Freiheit, eigenverantwortlich zu handeln.“

Rückendeckung bekam Habeck aus den Reihen der Koalition. Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) forderte „ein Management der Wertschöpfungskette von der Urproduktion über die Verarbeitung und den Handel bis hin zum Verbraucher“. Bernd Voß (Grüne) forderte eine Pflicht zur Kennzeichnung der Herkunft und

der Erzeugungsart von Agrarprodukten. Immer mehr Verbraucher achteten bereits jetzt auf „Regionalität“, aber auch auf das Tierwohl und die Nachhaltigkeit, merkte Flemming Meyer (SSW) an.

Der ökonomische Druck, warnte Angelika Beer (Piraten), belaste nicht nur die Landwirte, sondern

auch die Umwelt: So sei das Landschaftsbild von Monokulturen geprägt, und Nutztiere würden zusehends auf ein Dasein als „Produktionseinheit“ reduziert. Der Umwelt- und Agrarausschuss sowie der Wirtschaftsausschuss beraten weiter.

(Drucksache 18/2478)

### Der Norden zeigt Flagge in Berlin

Auch in diesem Jahr hat der Umwelt- und Agrarausschuss auf der Grünen Woche in Berlin für die regionale Landwirtschaft geworben. Ende Januar trafen sich die Fachpolitiker wieder zur ersten Sitzung des Jahres auf der größten Verbrauchermesse der Welt. Dabei informierte sich der Ausschuss auf Einladung der Landwirtschaftskammer über die Entwicklungen beim Gütezeichen „Geprüfte Qualität Schleswig-Holstein“. Die neue Ausrichtung des Gütezeichens, etwa eine verstärkte touristische Ansprache der Kunden und die Bündelung kleinerer Betriebe, stieß auf Zuspruch bei den Abgeordneten. Das nördlichste Bundesland war mit rund 30 Firmen, Organisationen, Institutionen und Vereinen in Berlin vertreten.





## Bürgerbusse:

## Ehrenamtler füllen Lücken

## im Fahrplan

**Wer auf dem Land lebt und auf den Linienbus wartet, der schaut regelmäßig in die Röhre. Oft fahren nur Schulbusse durchs Dorf. Am Wochenende werden viele Orte gar nicht angesteuert. Gerade für ältere Menschen stellt das nach Ansicht der Piraten ein großes Problem dar. Die Oppositionsfraktion forderte die Landesregierung in der Januar-Tagung auf, ehrenamtliche Bürgerbusse dauerhaft finanziell zu fördern. Die Reaktion war verhalten. Tenor: Der Busverkehr bleibt eine staatliche Aufgabe.**

„Solche Projekte tragen dazu bei, den ländlichen Raum zu erhalten und vor dem Aussterben zu bewahren“, erklärte Patrick Breyer (Piraten). Die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel reichten aber nicht aus. Nötig sei ein „landesweites Förderprogramm“ nach dem Vorbild von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen.

Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) erwiderte, Schleswig-Holstein habe es geschafft, mehr Nahverkehr als andere Bundesländer zu organisieren. Bürgerbusse seien nur dann „eine Ultima Ratio, wenn wir in bestimmten Regionen bestimmte Standards des Nahverkehrs nicht mehr gewährleisten können“. Eine Absage erteilte der Minister dem Vorschlag der

Piraten, ein Kompetenzteam Bürgerbusse einzurichten. Zuständig sei vielmehr der Aufgabenträgerverbund „Nah.sh“, so Meyer. Zu den Aufgaben der „Nah.sh GmbH“ – früher Landesverkehrsgesellschaft – gehören die Angebots- und Infrastrukturplanung, die Weiterentwicklung des SH-Tarifs und die Erarbeitung eines landesweiten Nahverkehrsplans.

Redner aller anderen Fraktionen lobten das Engagement der Bürger, warnten jedoch wie der Minister davor, das Angebot flächendeckend zu fördern. Bürgerbusse dürften den öffentlichen Personennahverkehr nicht verdrängen, betonte Kai Vogel (SPD). Daher sei die von den Piraten geforderte Übernahme der Kosten durch das Land „ein Kahl-

schlag für den ÖPNV“. Andreas Tietze (Grüne) sprach sich dafür aus, zunächst einmal die vorhandenen Buslinien zu sichern: „Wir brauchen keine Konkurrenzen.“ Flemming Meyer vom SSW sah „die Gefahr, dass das Ehrenamt zu einem Ersatz für tarifgebundene Arbeitsplätze verkommen könnte“. Und Christopher Vogt (FDP) betrachtete Bürgerbusse „lediglich als sinnvolle Ergänzung zum bestehenden öffentlichen Nahverkehr“. Sie sollten sich an

den geltenden Fahrplänen orientieren und gute Umsteigemöglichkeiten vorsehen. Für Hans-Jörn Arp (CDU) sind Bürgerbusse nur ein einzelner Aspekt, wenn es um Mobilität im ländlichen Raum geht. Auch Taxen oder Car-Sharing müssten künftig eine größere Rolle spielen.

Der Wirtschaftsausschuss beschäftigt sich weiter mit dem Thema. Auch die Bus-Initiativen sollen zu Wort kommen.

(Drucksache 18/2623)

## Vier Vereine im Norden

Bürgerbusse sind Buslinien, die von Vereinen betrieben werden, um Lücken im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszugleichen. Die ehrenamtlich arbeitenden Fahrer bedienen mit Kleinbussen Strecken, die vom ÖPNV nicht abgedeckt werden. In Schleswig-Holstein gibt es seit 1998 den Bürgerbus auf Fehmarn. Seit Sommer 2014 rollt ein Bürgerbus zwischen Ladelund und Leck (Nordfriesland). Auch Vereine in Meldorf und in Malente wollen noch in diesem Jahr starten. Die Bürgerbusvereine aus Schleswig-Holstein haben im Januar in Meldorf eine Arbeitsgemeinschaft gebildet: „Pro Bürgerbus Schleswig-Holstein“. In mehreren Bundesländern gibt es Bürgerbusse. Nordrhein-Westfalen hat mit rund 100 die meisten.



Trost und Hilfe:

## Lob für die Arbeit der Hospize

**Hospize betreuen Kranke und deren Angehörige, wenn keine Heilung mehr möglich ist. Um die letzte Lebensphase eines Menschen kümmern sich neben den palliativmedizinischen Stationen der Krankenhäuser in zunehmendem Maße ehrenamtliche Hospize. Das geht aus einem Bericht hervor, den Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) im Februar im Plenum vorstellte. Ein Kernproblem der Ehrenamtler ist die Finanzierung ihrer Einrichtungen.**

Redner aller Fraktionen lobten das Engagement der ehrenamtlichen Hospiz-Mitarbeiter. Schleswig-Holstein sei bei der flächendeckenden palliativen Versorgung bundesweit führend, so der Tenor. Das Land bezuschusst die ambulante Hospizarbeit mit 45.000 Euro pro Jahr. Die stationären Hospize erhalten individuell ausgehandelte Tagesätze von den Krankenkassen. Um ihr Angebot aufrecht zu erhalten, sind die privaten Einrichtungen aber auf zusätzliche Spenden angewiesen. Die Träger müssen einen Anteil von zehn Prozent, bei Kinderhospizen von fünf Prozent der Kosten selbst aufbringen. „In diesem Bereich gibt es absichtlich keine volle öffentliche Finanzierung. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Hospizgründungen aus rein wirtschaftlichen Interessen zu verhindern sind“, erklärte Ministerin Alheit.

Die stationären Hospize haben sich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und eine genaue Kostenaufstellung erarbeitet, um die Verhandlungen mit den Krankenkassen gemeinsam zu führen. Damit soll erreicht werden, dass die Vergütungssätze unabhängig von der Pflegestufe gestaltet werden, sagte Alheit: „Das ist in allen anderen Bundesländern üblich.“ Denn: Viele Gäste, die in einem Hospiz aufgenommen werden, haben nur eine niedrige oder gar keine Pflegestufe. Aufgrund der kurzen Verweildauer, die laut Bericht bei durchschnittlich 17 Tagen liegt, ist es meist gar nicht mehr möglich, eine Pflegestufenanpassung zu veranlassen.

Birte Pauls (SPD) forderte mehr Hospize, um eine Versorgung „in Wohnortnähe der Sterbenden“ zu gewährleisten. Ines Strehlau (Grüne) wies auf die immer älter werdende Gesellschaft und den

damit verbundenen Anstieg an Erkrankungen hin. Gerade in den größeren Städten müsse das Angebot ausgebaut werden, forderte sie. Anita Klahn (FDP) fand es „bedauerlich“, dass sich seit dem Jahr 2006 die Bettenzahl in stationären Hospizen nur um ein Bett erhöht habe. „Es ist eine Milchmädchenrechnung zu sagen: Mit dem Angebot, das wir derzeit haben, kämen wir aus“, machte Wolfgang Dudda (Piraten) deutlich. Er wandte sich gegen eine Kommerzialisierung der Hospize: „Das ist ein Weg weg von Herzenswärme und Spiritualität hin zu kalter Funktionalität.“ Auch wenn keine Aussicht auf Lebensverlängerung oder Heilung mehr besteht, so Flemming Meyer (SSW), „haben diese Menschen natürlich



## Hospize im Lande

In Schleswig-Holstein sterben jährlich rund 30.000 Menschen, davon etwa 42 Prozent in Krankenhäusern. 826 Menschen verbrachten im Berichtsjahr 2013 ihre letzten Stunden in den sechs stationären Hospizen in Kiel, Lübeck, Elmshorn, Rendsburg, Niebüll und Geesthacht. Dort gibt es insgesamt 66 Betten, 143 hauptamtliche sowie 185 ehrenamtliche Mitarbeiter sind hier aktiv. Die Einrichtungen waren 2013 zu 90 Prozent ausgelastet. Die Aufenthaltsdauer lag zwischen zwei Stunden und 130 Tagen. Weitere 57 Betten gibt es in sechs palliativmedizinischen Klinikstationen in Eutin, Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster. Zusätzlich wurden 1.800 Menschen zu Hause von ambulanten Hospizvereinen betreut. Davon gibt es im Land 50 mit 1.200 Mitarbeitern in allen Kreisen und kreisfreien Städten. Um die Betreuung sterbender Kinder und ihrer Angehörigen kümmern sich sechs ambulante Kinder- und Jugendlichen-Hospize. Eine hospizliche Begleitung von Kindern sterbenskranker Eltern ist geplant. Eine Bedarfsanalyse wird derzeit erstellt.

ein Recht auf Zuwendung, Betreuung und höchstmögliche Lebensqualität“.

Der Sozialausschuss berät weiter. (Drucksache 18/2481)

Die Gesellschaft sei oft geneigt, das Thema Sterben auszuklamern und zu umgehen, so Katja Rathje-Hoffmann, deren CDU-Fraktion den Hospiz-Bericht beantragt hatte. Deswegen dankte sie den Ehrenamtlern, die „sich engagieren und sich in ihrer Freizeit fortbilden, um Kranke und Sterbende zu unterstützen und zu begleiten“.

## Wohnungseinbrüche:

## Debatte um Polizei-Präsenz und Bürgerwehren



**Eine Brandserie verunsichert die Menschen auf dem Kieler Ostufer, und in einigen Regionen herrscht Angst vor Wohnungseinbrüchen. Mancherorts laufen Bürgerwehren Patrouille. Die Polizei hat spezielle Ermittlungsgruppen eingerichtet und warnt vor Selbstjustiz. Die CDU im Landtag sorgte sich in der März-Tagung um das staatliche Gewaltmonopol und forderte: keine Stellenstreichungen bei den Ordnungshütern, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Spielraum für die Ermittler. Im Gegenzug warf die Koalition der Union vor, die tatsächliche Lage zu überspitzen und Panik zu schüren.**

**B**is 2020 will die Landesregierung 122 der derzeit 8.300 Stellen bei der Landespolizei streichen. Dies gehöre auf den Prüfstand, ebenso wie die Schließung von Polizeidienststellen auf dem platten Land, forderte CDU-Fraktionschef Daniel Günther. Er rief die Landesregierung auf, einen bayerischen Vorstoß im Bundesrat zu unterstützen. Bayern plädiert für härtere

Strafen für Wohnungseinbrecher und mehr Telefonüberwachung bei Verdächtigen. Innenminister Stefan Studt (SPD) lehnte das ab: Schärfere Strafen brächten keine zusätzliche Sicherheit. Studt verteidigte den Stellenabbau als maßvoll. „Einen Rückzug aus der Fläche gibt es nicht, und das wissen Sie auch“, hielt er der Union vor.

Vertreter der Koalition warfen der CDU ebenfalls vor, Ängste zu schüren und daraus politisches Kapital ziehen zu wollen. „Sie markieren am Stammtisch den starken Max“, schimpfte Burkhard Peters (Grüne). Der Populismus der CDU sei „ebenso durchschaubar wie gefährlich“. Und Lars Harms (SSW) strich heraus: „Eine Unsicherheit gibt es nur in den Köpfen der CDU.“ Wer den Eindruck erwecke, die Sicherheit im Lande sei gefährdet, Sorge nur für Unruhe in der Bevölkerung.

Es gebe offenbar bei einigen Menschen einen Unterschied zwischen der persönlichen Wahrnehmung und der tatsächlichen Gefahr, bemerkte Simone Lange (SPD). Sie verwies auf die aktuelle

Kriminalstatistik. Demnach ist die Zahl der Wohnungseinbrüche im Norden im vergangenen Jahr minimal von 7.534 auf 7.529 gesunken, die Aufklärungsquote stieg von 10,2 auf 12,6 Prozent. 2012 gab es mit 7.654 Delikten einen Höchstwert.

Gegen Einbrecher sei Abschreckung vonnöten, mahnte Wolfgang Kubicki (FDP) – allerdings nicht durch Strafandrohung, sondern durch Polizeipräsenz. Darum sei es falsch, kleine Reviere zu schließen. In einigen Regionen könne es im Notfall bis zu 45 Minuten dauern, bis die Streife

eintrifft, so Kubicki. Patrick Breyer (Piraten) warnte vor einer „Hysterisierung der Sicherheitsdebatte“. Der bayerische Vorschlag einer verstärkten Telefonüberwachung sei überflüssig, denn schon jetzt könne die Polizei kriminelle Banden gezielt unter die Lupe nehmen.

Am Ende beschloss die Koalition einen eigenen Antrag, der auf eine Stärkung der landesweit 90 kriminalpräventiven Räte setzt. Zwei Ursprungsanträge der CDU wurden abgelehnt.

(Drucksachen 18/2779, /2815, /2831)



**Innenminister Stefan Studt (SPD) empfiehlt den Bürgern eine „Kombination aus Wachsamkeit, Sicherheitstechnik und Bürgerhilfe“. Bürgerwehren hingegen seien „nicht nur unnötig, sondern mit unkalkulierbaren Gefahren verbunden“. Die Polizei sei „unverändert in der Lage, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten“.**

IM RÜCKBLICK

# Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise in das Jahr 1955. Das Parlament befasste sich mit den frisch unterschriebenen Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

1955:

## Bonn-Kopenhagener Erklärungen – Begeisterung sieht anders aus

Für Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel war es ein Härtestest. Der 41-jährige CDU-Mann aus Glücksburg war erst seit fünf Monaten im Amt und musste nun im Landtag den Abgeordneten seiner Regierungskoalition eine Grundsatzentscheidung nahebringen, die vielen Konservativen überhaupt nicht schmeckte. Es ging an diesem 31. März 1955 um die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Und es ging darum, den SSW als Partei der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde zu befreien.

Zwei Tage zuvor hatten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der dänische Ministerpräsident Hans Christian Hansen auf dem Petersberg am Rhein die deutsche und die dänische Fassung der Erklärungen unterzeichnet, in

Anwesenheit von Hassels. Die nationalen Regierungen wollten den seit Jahren schwelenden Konflikt im deutsch-dänischen Grenzland beilegen. Der Streit um Grenzverlauf und Minderheitenrechte war Adenauer ein Dorn im Auge, denn er behinderte den NATO-Beitritt der Bundesrepublik.

Kurz und knapp auf einer DIN A4-Seite stellte die deutsche Fassung fest: Das Bekenntnis zur Kultur und Sprache der Minderheit ist frei, und die Minderheit hat das Recht, eigene Schulen zu unterhalten. Und: Die schleswig-holsteinische Landesregierung kündigte an, „daraufhinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmestimmung von der 5 v.H.-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt“.

Mit diesem Passus hatte von Hassel den Landtag als Gesetzgeber vor vollendete Tatsachen gestellt. Zugleich hatte er mit seinem Verständigungskurs einen kräftigen Schwenk gegenüber seinem Amtsvorgänger Friedrich-Wilhelm Lübke eingeleitet. Lübke hatte die Autonomiebestrebungen der dänisch gesinnten Bürger im nördlichen Landesteil mit einer „Politik der Nadelstiche“ beantwortet. 1951 hatte der Landtag mit bürgerlich-konservativer Mehrheit die Sperrklausel von fünf auf 7,5



Blick in den Landtag, circa 1955

Prozent hochgesetzt. Ziel war es, den SSW aus dem Landtag herauszuhalten. Die Minderheitenpartei zog vors Bundesverfassungsgericht und bekam Recht. Ein Jahr später kehrte der Landtag zur Fünf-Prozent-Hürde zurück.

Eine Ausnahmeregelung für die Minderheit gab es jedoch nicht. Und so saßen nach dem Urnengang vom September 1954 keine dänisch gesinnten Abgeordneten mehr im Landtag. Der SSW war mit 3,5 Prozent an der Sperrklausel gescheitert. Damit war die Grenzlandfrage endgültig auf der großen politischen Bühne angekommen. Bonn und Kopenhagen schritten im März 1955 ein, und von Hassel folgte dem neuen Kurs: Kompromiss statt Konfrontation.

Die Maßgabe, die Sperrklausel für den SSW abzuschaffen, musste von Hassel jedoch seinen eigenen Leuten erst schmackhaft machen, als er am 31. März im Kieler Plenarsaal ans Rednerpult trat. Der Ministerpräsident stützte sich auf die Abgeordneten von CDU, FDP und der Vertriebenenpartei BHE. Eine halbe Stunde lang warb von Hassel für die Bonn-Kopenhagener Erklärungen – ohne von Applaus aus den eigenen Reihen unterbrochen zu werden. „Ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege der Befriedung der Verhältnisse im Grenzland“ sei die jetzt gefundene Übereinkunft, stellte von Hassel fest. Die Gespräche seien „wahrhaft vom europäischen Geist getragen“ gewesen. Nicht nur die dänischen Schleswig-Holsteiner würden profitieren, auch

die deutsche Minderheit nördlich der Grenze.

Die Reaktion war kühl. Ohne weitere Wortmeldungen wurde die Sitzung unterbrochen, und die Fraktionen berieten hinter verschlossenen Türen. Nach zwei Stunden gab es eine dürre Stellungnahme: Von Hassels Ausführungen wurden „zur Kenntnis genommen“ und „gebilligt“. Die Änderung des Wahlgesetzes landete zunächst im Innenausschuss. Lob gab es nur von der oppositionellen SPD. Ihr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Käber begrüßte die Vereinbarungen: „Der Inhalt der beiderseitigen Erklärungen entspricht den sozialdemokratischen Erwartungen.“

Acht Wochen später, am 23. Mai 1955, stand die Zweite Lesung des Wahlgesetzes an. Erneut gab es Zuspruch von den Sozialdemokraten und Zählneknirschen auf der rechten Seite des Hauses. Der Flensburger CDU-Abgeordnete Hanno Schmidt bemängelte, dass die dänische Minderheit an keiner Stelle die Grenze anerkenne. Ohne die „Loyalität“ zur Bundesrepublik Deutschland könne „eine endgültige Befriedung des Grenzgebietes allerdings nicht eintreten“.

Schließlich fügten sich aber auch die Skeptiker den Fakten, die von Hassel und Adenauer geschaffen hatten. Ohne Gegenstimme beschloss der Landtag die Änderung des Wahlgesetzes und befreite den SSW von der Sperrklausel. „Beifall“ vermerkte das Protokoll auch diesmal nicht.



Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel

## Festakt in Sankelmark

# Besitzansprüche sind kein Problem mehr – sondern Bahnverbindungen

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben vor 60 Jahren den deutsch-dänischen Grenzkampf beendet. Aber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ausbaufähig, und die Minderheiten müssen immer noch um Anerkennung kämpfen. Das wurde beim Festakt von Landtag und Folketing Mitte März in der Europäischen Akademie Sankelmark bei Flensburg deutlich. Am Ende stand dennoch ein äußerst positives Fazit: Schleswig-Holstein und Dänemark haben ein Vorzeigemodell für Europa geschaffen.



Als musikalische Grenzgängerinnen präsentierte sich das Duo „Åntatumânta“ (friesisch für „Ameise“) mit Liedern in mehreren Sprachen

60 Jahre nach Bonn-Kopenhagen fühlen sich die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze gleichermaßen zu Hause, unterstrich Prof. Martin Klatt. Der Historiker für Grenzlandforschung an der Syddansk Universitet in Sonderburg hielt vor rund 150 Gästen den Festvortrag. Klatt unterschied mehrere Epochen auf dem Weg zum Grenzfrieden: Im 19. Jahrhundert trugen Deutsche und Dänen ihre Konflikte teilweise gewaltsam aus und versuchten, die jeweils andere Nationalität zu assimilieren. Nach der Grenzziehung 1920 waren sich die Deutschen nördlich der Grenze und die Dänen südlich der Grenze erstmals bewusst, dass sie als Minderheit in einem „Herbergsstaat“ leben – und sie versuchten, die Grenze wieder zu verschieben. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 führten zu einer friedlichen Koexistenz, und hieraus ist in den vergangenen Jahrzehnten ein „Miteinander“ und „Füreinander“ geworden. Ist also alles in Butter?

Nicht ganz, fand Klatt, der in Hamburg geboren wurde und seit über zehn Jahren in Dänemark forscht. Er zählte auf, wo

die Grenze immer noch spürbar ist: „Ein grenzüberschreitendes Konzept für den öffentlichen Nahverkehr existiert nicht“, betonte er: „Die Bahnverbindungen sind schlecht.“ Dänische Unternehmen wüssten nicht, wie sie auf den deutschen Markt kommen, und der Dänisch-Unterricht in Schleswig-Holstein sei immer noch „dritt- oder viertrangig“, nach Englisch, Französisch und Latein. Es gebe keine Rechtsgrundlage für den Einsatz deutscher Katastrophenschutzkräfte in Dänemark – „und und und.“ Klatt beobachtete „viele Beispiele, die zeigen, wie sehr wir immer noch voneinander abgegrenzt sind“. Sein Appell an die deutsche und dänische Politik: „Setzen wir den guten Willen in Handlung um!“

Landtagspräsident Klaus Schlie sah die Minderheiten „einer neuen Gefahr ausgesetzt“, die nicht von staatlicher Seite drohe und die ihre Ursache nicht in Abneigung oder Hass habe. „Die gefährlichsten Gegner der Minderheiten heißen Unkenntnis und Desinteresse“, mahnte Schlie. Sowohl in Kopenhagen als auch im Süden Schleswig-Holsteins sei es nicht selbstverständlich, die Besonder-

heiten des Grenzraums zu kennen und richtig einzuschätzen.

Beim Blick auf die Rolle ethnischer und kultureller Minderheiten in anderen europäischen Staaten habe das deutsch-dänische Grenzland dennoch Vorbildcharakter, fand Bertel Haarder, Vizepräsident des dänischen

Parlaments, des Folketing. Im Gegensatz zu Serbien und Kosovo oder Russland und der Ukraine geben Deutsche und Dänen ein Beispiel für den richtigen Weg: „Minderheitenrechte sind der Weg zum Frieden“, unterstrich Haarder.



Martin Klatt, Geschichtspräsident in Sonderburg: „Die Minderheiten fühlen sich von Kopenhagen bis München zu Hause. Sie bilden keine Parallelgesellschaft, sondern eine Sowohl-als-auch-Gesellschaft.“



Bertel Haarder, Vizepräsident des Folketing: „Welch ein Fortschritt ist es, dass unsere Jugend Stift und Papier statt Blut und Eisen einsetzt, wie unsere Vorfahren.“



Das Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland war noch nie so gut wie heute, sagt Siegfried Matlok. Er war lange Jahre Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen und Chefredakteur der deutschsprachigen Tageszeitung „Der Nordschleswiger“, die in Apenrade erscheint. Für die Landtagszeitschrift blickt er darauf, wie die Debatte um die Bonn-Kopenhagener Erklärungen nördlich der Grenze verfolgt wurde.

**E**in 60-jähriges Jubiläum wird selten gefeiert, aber der 60. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen vom 29. März 1955 ist in diesem Jahr doch etwas Besonderes: Es gab schon vor zehn Jahren Anlass zur Freude, denn beide Seiten schienen schon auf dem richtigen Weg, aber der 60. Jahrestag vereint diesmal Deutsche und Dänen nicht nur im Grenzland in einer neuen Phase der Beziehungen

erschwert, dass zunächst eine Sperrklausel von 7,5 Prozent und später von fünf Prozent dem SSW eine parlamentarische Vertretung im Landtag unmöglich machte. Die Bundesrepublik Deutschland wollte die Westverankerung, nicht zuletzt durch einen NATO-Beitritt, der jedoch ohne die dänische Zustimmung nicht möglich war. Das dänische Parlament knüpfte ein Junktim: Der sozialdemokratische Staats- und Außenminister H. C.



Siegfried Matlok, 1945 in Flensburg geboren, ist eine prägende Persönlichkeit der deutschen Minderheit in Dänemark.

## „Die Beziehungen haben sich fast traumhaft entwickelt“

unserer beiden Länder, die sich vom einstigen Gegeneinander nach einem Nebeneinander und Miteinander nun zu einem grenzüberschreitenden Füreinander entwickeln. Nie zuvor war der Himmel im Grenzland so strahlend wie in diesen Zeiten, wo auch die Regierungen in Kopenhagen, Berlin und Kiel zu weiteren bi- und multilateralen Quantensprüngen bereit sind.

Das sah vor 60 Jahren ganz anders aus. 1864, der Erste Weltkrieg und auch der Zweite Weltkrieg mit der Besetzung Dänemarks warfen nach 1945 dunkle Schatten auf das dänische Verhältnis zum großen und ja leider nicht immer friedlichen Nachbarn. Die Kieler Erklärung der damaligen Landesregierung trug 1949 zu einer ersten Entspannung im Verhältnis zwischen der deutschen Mehrheit und der dänischen Minderheit bei, die nach 1945 stark zugenommen hatte. Eine tragfähige Lösung wurde jedoch unter anderem dadurch

Hansen wurde vom Folketing beauftragt, bei einem NATO-Treffen in Paris die offene Südschleswig-Frage als internationale Karte gegenüber dem als Observateur anwesenden Bundeskanzler Konrad Adenauer auszuspielen. Für die dänischen Parteien war einfach nicht hinnehmbar, dass der SSW mit mehr als 40.000 Stimmen keinen Parlamentssitz in Kiel hatte, während die deutsche Minderheit damals mit gut 9.000 Stimmen im Folketing vertreten war. Hansen fand bei Adenauer, den natürlich in erster Linie die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte interessierten, Gehör, und nach einem Kontakt zwischen dem Kanzler und dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel wurden deutsch-dänische Verhandlungen in Kopenhagen eingeleitet.

Die Fünf-Prozent-Sperrklausel sollte für den SSW aufgehoben werden, und außerdem verzichtete die deutsche Seite auf ihre ursprüngliche Forderung nach

einer Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit gegenüber der Staatsgrenze. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig, die die Forderung der dänischen Minderheit nach Befreiung von der Fünf-Prozent-Sperrklausel unterstützte, war von Hassel dankbar dafür, dass er sein Prinzip „quid pro quo“ (Leistung/Gegenleistung) durchsetzte, dass also auch offene Fragen der deutschen Minderheit gelöst werden sollten. Sie bekam die Examensrechte für ihre deutschen Schulen und konnte danach auch ein Deutsches Gymnasium für Nordschleswig errichten.

**D**ie Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen wurden von beiden Parlamenten verabschiedet, in Dänemark gleichzeitig mit der Zustimmung zum westdeutschen NATO-Beitritt. Viele Dänen hatten damals Furcht und Bedenken gegenüber Nachkriegs-Deutschland, und deshalb ist die Leistung von H. C. Hansen als staatsmännisch zu würdigen, denn er setzte sich gegen erhebliche Widerstände auch in der eigenen Partei durch. Entscheidend für die breite Mehrheit im dänischen Folketing war zweifelsohne, dass die Minderheitenerklärungen ohne einen deutsch-dänischen Vertrag abgeschlossen wurden. Diese Anfangsforderung der deutschen Seite hatte Dänemark aus Angst vor einer Einmischung in innere Angelegenheiten strikt abgelehnt.

**D**as Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sprach anschließend von einem dänischen 3:1-Sieg. Wahr ist, dass beide Minderheiten damals mental noch längst nicht auf diesen ersten Schritt der Versöhnung eingestellt waren. Was 1955 jedoch noch auf viel Skepsis stieß, wird heute von beiden Minderheiten als „Magna Charta“ des Grenzlandes bezeichnet und von den Regierungen als „Schleswigsches Modell“ sogar zur Lösung von Minderheiten-Konflikten in Europa empfohlen. Die Bedeutung der Erklärungen von 1955 wurde auch nach der deutschen Wiedervereinigung unterstrichen, als die Bundesregierung 1990 dem damaligen Staatsminister Poul Schlüter folgendes mitteilte: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bleiben unverändert bestehen, solange Dänemark dies wünscht!

Heute sind die Minderheiten eine Exportware für beide Länder, deren Beziehungen sich vor allem in den letzten Jahren fast traumhaft entwickelt haben. Rückschlüsse sind zwar nie ganz auszuschließen, wie die Geschichte uns gelehrt hat, aber noch nie waren Mehrheiten und Minderheiten so eins wie heute nach 60 Jahren.

Auch im Respekt vor der jeweiligen Kultur sind sie fest entschlossen, diesen Prozess weiter voranzubringen. Dieser Weg ist das gemeinsame Ziel!

Siegfried Matlok

## Fall Heinz Reinefarth:

## Ein „Gentleman-Nazi“ im „braunen Naturschutzgebiet“

Heinz Reinefarth war SS-General und Kriegsverbrecher. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte er in Schleswig-Holstein Karriere, als Bürgermeister von Westerland auf Sylt und als Landtagsabgeordneter für die Vertriebenenpartei BHE. Eine international besetzte Podiumsdiskussion beleuchtete Ende Januar im Landtag den „Fall Heinz Reinefarth“. Die braune Vergangenheit des Landes will der Landtag weiter aufarbeiten. Eine entsprechende Studie soll 2016 vorliegen.



Diskussionsrunde zum Fall Reinefarth (v.li.): Landtagspräsident Klaus Schlie, Moderator Martin Lätzel, Historiker Philipp Marti, Journalist Bartosz Wielinski, die Sylter Bürgermeisterin Petra Reiber, Historiker Prof. Uwe Danker

Reinefarth gilt als „Henker von Warschau“. Unter seinem Befehl schlugen SS-Truppen im August 1944 den Warschauer Aufstand nieder. Rund 150.000 Menschen, zumeist Zivilisten, brachten die SS-Einheiten um. Dennoch sei es ihm gelungen, sich nach dem Krieg als „Gentleman-Nazi“ zu präsentieren, urteilte der Schweizer Historiker Philipp Marti, der seine Doktorarbeit über Heinz Reinefarth geschrieben hat. Auch als die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelte, sei er als „höflicher, zukommender Bildungsbürger“ aufgetreten und letztlich straffrei davongekommen.

Reinefarth habe leichtes Spiel gehabt, bemerkte Prof. Uwe Danker, Landeshistoriker von der Uni Flensburg. Schleswig-Holsteins Justiz und Verwaltung seien nach dem Krieg ein „braunes Naturschutzgebiet“ gewesen. Mit seinem Team arbeitet Danker an einer umfassenden Studie zu den NS-Kontinuitäten im Lande. Dabei werden die Lebensläufe von rund 400 Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern unter die Lupe genommen. Das Ergebnis soll Mitte nächsten Jahres vorliegen. Der Landtag hatte 2013 beschlossen, die Studie erstellen zu lassen.



Bartosz Wielinski war vier Jahre lang Deutschland-Korrespondent der polnischen Zeitung „Gazeta Wyborcza“ und hat auf Sylt zum Fall Reinefarth recherchiert. Über seine Erfahrungen sprach er mit der Landtagszeitschrift.

**H**err Wielinski, Heinz Reinefarth war einer der Hauptverantwortlichen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Wie bekannt ist die Person Reinefarth in Polen?

Reinefarth hat Tausende von Menschen im Stadtteil Wola umbringen lassen, und er sagte, er habe nicht genug Patronen, um alle umzubringen. Seine Truppen

kamen aus Westen, von Posen, und an der Westgrenze Warschaus liegt Wola. Dort befanden sich kleine Häuser, der Stadtteil war nicht besonders dicht bebaut, und es gab wenige Keller, so dass die Bewohner keine Deckung hatten. Es war für die SS ganz einfach, hier die Leute umzubringen. Wenn heute darüber berichtet wird, dann fällt immer der Name Reinefarth. Jeder, der sich mit der Geschichte befasst, kennt ihn.

Reinefarth hat in den 1950er und 1960er Jah-

ren in Schleswig-Holstein Karriere gemacht. Wie ist das in Polen verfolgt worden?

Dass er nach dem Krieg verschont wurde und nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, ist den Polen sehr bewusst. Polen hat sich bei den Briten und den Amerikanern darum bemüht, dass er ausgeliefert wird. Viele Nazi-Schergen wurden ausge-

liefert, aber ausgerechnet Reinefarth wurde in Ruhe gelassen. Der Fall Reinefarth war für manche in Polen ein Beweis, dass die Deutschen die dunklen Kapitel ihrer Geschichte nicht aufgearbeitet hatten.

**Der Landtag hat im vergangenen Juli eine Resolution verabschiedet, in der er Reinefarths Verbrechen verurteilt und die Opfer um Verzeihung bittet. Ist das in Polen wahrgenommen worden?**

Ich habe einen Beitrag darüber geschrieben, und dieser Text war der am häufigsten aufgerufene Artikel in unserer Internet-Ausgabe. Ich fühle mich ein wenig persönlich verantwortlich für diese Resolution. In der Zeit, als ich auf Sylt recherchiert habe, habe ich auch dem Landtagspräsidenten und den Fraktionschefs eine Anfrage geschickt, ob es nicht Zeit wäre, sich mit dem Fall zu beschäftigen.

Ich war sicher, ich bekomme gar keine oder eine negative Antwort. Und ich war erstaunt, als ich hörte, dass der Ältestenrat sich damit befassen wollte. Darüber war ich sehr überrascht und sehr zufrieden.

**Wie war es auf Sylt?**

Auch auf Sylt standen mir alle Türen offen, und ich habe gemerkt, dass die Kommunalpolitiker dort froh waren, sich von dieser Last befreien zu können. Das schöne Finale war der Besuch der Sylter Bürgermeisterin Petra Reiber in Warschau zum 70. Jahrestag des Aufstands. Sie hielt eine emotionale, tiefgreifende Rede, über die überall in Polen berichtet wurde. Wir hatten das auf Seite 1 unserer Warschauer Ausgabe. Ich habe danach in einem Kommentar geschrieben, dass Sylt als Symbolort für die deutsch-polnische Verständigung gelten könnte, wie Kreisau oder Auschwitz.

**„Sylt ist heute ein Ort der Verständigung“**

## Zehn Jahre nach der gescheiterten Simonis-Wahl

### Prof. Joachim Krause:

### „Heidemord“ ist ein problematischer Begriff

Vor zehn Jahren, am 17. März 2005, entwickelte sich die Ministerpräsidentenwahl im Kieler Landtag zum Polit-Drama: Amtsinhaberin Heide Simonis (SPD) verfehlt in vier Wahlgängen die absolute Mehrheit von 35 Stimmen. Ein Parlamentsmitglied, mutmaßlich aus ihrer eigenen SPD-Fraktion, versagt ihr die Zustimmung und enthält sich. Das „Patt am Watt“ (34 Stimmen aus SPD, Grünen und SSW für Simonis, 34 schwarz-gelbe Stimmen für CDU-Herausforderer Peter Harry Carstensen, eine Enthaltung) veranlasst Simonis schließlich zum Rückzug aus der Politik. Wenige Wochen später wird Carstensen als Chef einer CDU-SPD-Koalition ihr Nachfolger.

Damals wie heute, zum zehnten Jahrestag, wird heftig debattiert, wie die viermalige Stimmenthaltung zu bewerten ist. In Stellungnahmen aus der Politik und in Pressekommentaren fallen Begriffe, die die Entscheidung des oder der bislang unbekanntenen Abgeordneten in die Nähe eines Verbrechens rücken: Der „Heidemörder“ habe „Verrat“ begangen, „hinterrücks“ und „feige“ gehandelt.

Wir haben Prof. Joachim Krause vom Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität Kiel gebeten, die gescheiterte MP-Wahl staatsrechtlich einzuordnen.

#### Herr Prof. Krause, wie beurteilen Sie den Begriff „Heidemörder“?

Der Begriff „Heidemörder“ ist eine hochproblematische Verkürzung, die auf den ersten Blick ganz witzig klingt, aber viel über diejenigen verrät, die den Begriff geprägt haben. Mord ist die Tötung eines Menschen aus heimtückischen Motiven. Heide Simonis lebt und kann daher nicht Gegenstand eines Mordes gewesen sein. Wer diesen Begriff benutzt, unterstellt dem oder der Abgeordneten dennoch Heimtücke, weil er oder sie sich nicht an die Fraktionsdisziplin gehalten hat. Fraktionsdisziplin kommt aber weder in der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein noch im Grundgesetz vor. Im Gegenteil, die Verfassung dieses Bundeslandes sagt: „Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Bei der Ausübung ihres Amtes sind sie nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.“ Von daher verrät der Gebrauch des Begriffs „Heidemörder“ eher ein gestörtes Demokratieverständnis.

#### Welche Freiheiten hat der einzelne Abgeordnete?

Man muss sagen, dass Fraktionsdisziplin für politische Fraktionen eine funktionelle

Notwendigkeit ist, um die Arbeit der Regierung entweder effektiv unterstützen oder bekämpfen zu können. Von daher hat sich eine Praxis der Fraktionsdisziplin eingestellt, die als Funktionsbedingung parlamentarischer Demokratie gesehen wird. Fraktionsdisziplin ist aber nicht gleichbedeutend mit Fraktionsdisziplinierung seitens der Fraktionspitze. Die genannte Verfassungsbestimmung stärkt die Abwehr der Abgeordneten gegen derartige Ambitionen. Eine belastbare Fraktionsdisziplin

herzustellen und zu halten ist eine hohe Kunst. Sie erfordert einen Ausgleich zwischen der politischen Führung (im Falle der Regierungsfaktionen sind das Regierung und Fraktionsführung) auf der einen und den einzelnen Abgeordneten auf der anderen Seite. Wo das nicht gelingt, und wenn auch noch knappe Mehrheitsverhältnisse bestehen, kann es dazu kommen, dass einzelne Abgeordnete sich der Fraktionsdisziplin entziehen – entweder offen oder verdeckt. Das ist nun mal Alltag



17. März 2005 im Kieler Landtag: Blumen, als Glückwunsch für Heide Simonis gedacht, bleiben unter den Tischen von SPD und Grünen liegen.



Prof. Joachim Krause

in der parlamentarischen Demokratie, und der fälschlicherweise so bezeichnete „Heidemord“ von Kiel war nicht der erste Fall, wo einem Spitzenpolitiker bei der Regierungswahl die Unterstützung fehlte.

#### Was kann man dem Parlamentsmitglied vorwerfen, das sich enthalten hat?

Man kann diesem Parlamentsmitglied vorwerfen, sich nicht öffentlich erklärt zu haben. Warum sich diese Person nicht geoutet hat, bleibt Gegenstand von Spekulation. Eine mögliche Erklärung ist, dass er oder sie Angst davor gehabt hat, in Fraktion und Partei als Außenseiter (oder wie ein Aussätziger) behandelt und zum Mandatsverzicht genötigt zu werden. Manche haben gefordert, dass man die geheime Stimmabgabe bei der Wahl zum Ministerpräsidentenamts abschaffen sollte, dann wären Abgeordnete gezwungen, ihre Stimmabgabe öffentlich zu machen und auch zu rechtfertigen. Prinzipiell ist das möglich, weil der Wahlmodus in der Geschäftsordnung des Landtags festgelegt ist (§ 63, Abs. 3), nicht in der Verfassung. Bislang ist der Landtag diesen Schritt nicht gegangen, möglicherweise stehen dem verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber. Man könnte argumentieren, dass mit offener Stimmabgabe bei Wahlen ein Kernbereich der Unabhängigkeit der Abgeordneten verletzt wird.

## PERSONALIEN

**Eka von Kalben** bleibt Fraktionschefin der Grünen. Auch die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes behalten ihre Ämter: Rasmus Andresen und Andreas Tietze bleiben stellvertretende Vorsitzende, Marret Bohn ist weiterhin Parlamentarische Geschäftsführerin. Das haben die Wahlen im Dezember ergeben.

**Torge Schmidt** ist weiterhin Fraktionschef der Piraten. Bei der turnusmäßigen Wahl Mitte

Februar wurden auch die stellvertretende Vorsitzende Angelika Beer und der Parlamentarische Geschäftsführer Sven Krumbek in ihren Ämtern bestätigt.

**Ralf Stegner**, SPD-Fraktionschef, bleibt für weitere zwei Jahre Landesvorsitzender seiner Partei. Auf einem Parteitag Mitte März in Neumünster erhielt er 81,8 Prozent der Stimmen. Stegner führt die Nord-SPD seit 2007.



**Ulrich Hase** ist für weitere sechs Jahre in seinem Amt als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung

bestätigt worden. Bei der Wahl im Landtag Mitte März erhielt Hase alle 69 Stimmen. Hase hat den Posten seit 1995 inne, seit 2009 ist er mit seinem siebenköpfigen Team beim Landtag angesiedelt. Aufgabe des Landesbeauftragten ist vorrangig die Beratung des Landtages und der Landesregierung bei Vorhaben, die Belange von Menschen mit Behinderung berühren.

**Serpil Midyatli**, SPD-Abgeordnete aus Gettorf, soll Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) werden. Sie werde am 13. Juni auf der Mitgliederversammlung des SHHB für das noch zu schaffende Amt einer dritten Vizepräsidentin

kandidieren, sagte Heimatbund-Präsident Jörn Biel Anfang März in Kiel. Der SHHB wolle stärker die Themen Migration und Integration aufgreifen, so Biel. Midyatli, erste türkischstämmige Abgeordnete im Landtag, betonte, sie habe sich über die Anfrage sehr gefreut. Die gebürtige Kielerin will „Türöffnerin“ sein und Bürger mit ausländischen Wurzeln ermutigen, sich in den 250 Mitgliedsvereinen des SHHB einzubringen.

**Dora Heyenn**, von 1990 bis 1992 für die SPD im Landtag, ist im Februar erneut als Spitzenkandidatin der Linkspartei in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen. Heyenn war 1999 aus der SPD ausgetreten, 2005 vollzog die gebürtige Fehmarnerin den Parteiwechsel. Anfang März trat sie allerdings aus der Linksfraktion aus, nachdem sie bei der Wahl zur Fraktionsvorsitzenden überraschend die Mehrheit verfehlt hatte.

## NACHRUFE

## Trauer um Karl-Heinz Narjes und Herbert Weidling

Der Landtag hat während der Februar-Tagung zweier verstorbener ehemaliger Abgeordneter gedacht.

Der frühere Parlamentarier und Landesminister Karl-Heinz Narjes ist am 26. Januar wenige Tage vor Vollendung seines 91. Lebensjahres in Bonn gestorben. Der CDU-Politiker war nach seinem juristischen Staatsexamen bei der EWG in Brüssel tätig. 1969 wurde er in Kiel Minister für Wirtschaft und Verkehr. Dieses Amt übte er bis Anfang 1973 aus, dem Landtag gehörte er ab 1971 an. Anschließend wechselte Narjes bis 1981 in den Bundestag. Narjes zog es dann erneut nach Brüssel, wo er unter anderem fünf Jahre lang Vizepräsident der Europäischen Kommission war. „Schleswig-Holstein trauert um einen großen Europäer, der sich bleibende Verdienste um unser Land, die Einigung unseres Kontinents und das Zusammenwachsen einstmaliger verfeindeter Nationen erworben hat“, erinnerte Landtagspräsident Schlie an den Verstorbenen.



Herbert Weidling, der dem Parlament von 1982 bis 1983 als Mitglied der CDU-Fraktion angehörte, ist am 1. Februar verstorben. Der gelernte Architekt aus Eckholz (Kreis Rendsburg-Eckernförde) wurde 94 Jahre alt. Schlie hob seine Initiative für die Gründung der Architektenkammer Schleswig-Holstein hervor, deren erster Präsident Herbert Weidling von 1966 bis 1971 war.

## RUNDE GEBURTSTAGE

**Martin Kayenburg**, Landtagspräsident von 2005 bis 2009, hat am 18. Januar seinen 75. Geburtstag gefeiert. Der CDU-Politiker aus Itzehoe gehörte dem Landtag seit 1992 an. Von 1997 bis 2005 war er Fraktionschef und Oppositionsführer, bevor er ins Präsidentenamt gewählt wurde.



**Herbert Paschen** aus Norderstedt, CDU-Abgeordneter von 1988 bis 1996, hat am 13. März seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Irmlind Heiser** aus Flensburg, CDU-Abgeordnete von 1980 bis 1992, hat am 15. März ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Christel Aschmoneit-Lücke** aus Kiel, FDP-Abgeordnete von 1992 bis 2005, hat am 21. Dezember ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!**

Oberst Ralf Güttler (re.) leitet seit Anfang Februar das Landeskommando Schleswig-Holstein der Bundeswehr. Bei der Kommandoübergabe im Landeshaus übernahm er den Posten von Oberst Hannes Wendroth (li.). Generalmajor Hans-Werner Wiermann (Mitte), Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben aus Berlin, vollzog den Wechsel. Das in Kiel ansässige Landeskommando koordiniert bei Naturkatastrophen die Hilfeleistung der Bundeswehr.



Das Musikinstrument des Jahres 2015 ist das Horn. Der Landesmusikrat präsentierte das Blasinstrument Anfang Januar im Plenarsaal. Landtagspräsident Klaus Schlie entlockte dem Instrument einige Töne. Jens Plücker (Mitte), Solo-Hornist des NDR-Sinfonieorchesters, sowie NDR-Moderator Jan Malte Andresen hörten zu.

## BESUCHER IM LANDESHAUS



Eine Volksinitiative wirbt für den Gottesbezug in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung. Anfang März stellten die Sprecher, Ex-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Fatih Mutlu von der islamischen Religionsgemeinschaft Schura und der Kunstprofessor Bernhard Schwichtenberg, ihre Pläne vor.



Zum Abschluss der närrischen Jahreszeit kamen Mitte Februar rund 50 Karnevalisten ins Landeshaus – neben Prinzenpaaren aus ganz Schleswig-Holstein und dem Präsidium des Norddeutschen Karnevalverbandes auch mehrere Funkenmariechen.



Doppelten Grund zur Freude hatten die Nachwuchsjournalisten der „Steinpost“ aus Oldenburg. Die Schülerzeitung der Freiherr-vom-Stein-Schule landete Mitte Februar auf dem 2. Platz im Landeswettbewerb der Jugendpresse Schleswig-Holstein. Anfang März erhielt die Redaktion zudem einen Sonderpreis auf Bundesebene für „crossmediales Denken“ und „digitales Publizieren“. Den bundesweiten Platz 3 im Bereich Realschulen errang die Redaktion des „Grips“ aus Schönberg in der Probstei.

## ABGEORDNETE

## IM PORTRAIT:

Tobias Koch, CDU  
geb. am 18. Oktober 1973  
in Hamburg  
wohnhaft in Ahrensburg  
verheiratet, zwei Kinder  
Bankkaufmann, Betriebs-  
wirt



### Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... das als Demokrat nicht wollen! Gerade das ständige Ringen um Positionen und Mehrheiten in der Demokratie sorgt für gute und beständige Lösungen – besser, als es jeder Einzelne könnte. Reizen würde es mich gleichwohl, einmal das Haushaltsgesetz alleine zu beschließen, nur um zu beweisen, dass ein Haushalt ohne neue Schulden möglich ist und man trotzdem in Bildung und Infrastruktur investieren kann.

### Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... gerne statt „Oppositions-Abgeordneter“ wieder „Regierungs-Abgeordneter“ sein, damit Schleswig-Holstein von einer CDU-geführten Landesregierung besser regiert wird, als es derzeit unter Rot-Grün-Blau der Fall ist.

### Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... die politische Jugendarbeit ausbauen und dabei insbesondere die Jugendorganisationen der Parteien stärker finanziell unterstützen. Es sind Junge Union, Jusos, Julis, Grüne Jugend, Junge Piraten und SSWUngdom gleichermaßen, die Jugendliche für Politik begeistern und für politischen Nachwuchs aus ihren Reihen sorgen. Es ist deshalb falsch, die Zuschüsse an die Jugendorganisationen als verdeckte Parteienfinanzierung zu diskreditieren.

### Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... die Reden von Albig & Stegner als Endlosschleife senden lassen. Eine bessere Wahlwerbung für die Opposition als eine solche Gegenüberstellung von inhaltsleerer Rhetorik und verbalen Ausfällen kann es gar nicht geben.

### Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm als echten Insider-Tipp die Stornarer Schweiz im Herzen meines Wahlkreises empfehlen. Mit zahlreichen Seen, großen Wäldern und erstklassigen Restaurants ein ideales Naherholungsgebiet – und wem das nicht reicht, der hat es nach Lübeck, an die Ostsee oder nach Hamburg auch nicht weit.

### Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... gerne die zehn Jahre, die ich mittlerweile dem Landtag angehöre, zurück in die Vergangenheit reisen. Dann könnte ich mir selbst über die Schulter schauen und mich vergewissern, dass ich meinen Idealen treu geblieben bin.

Kai Vogel, SPD  
geb. am 8. März 1968  
in Eutin  
wohnhaft in Pinneberg  
evangelisch, verheiratet,  
zwei Kinder  
Realschullehrer,  
Konrektor a.D.



### Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... das Betreuungsgeld abschaffen, da es einen falschen Anreiz setzt. Frühkindliche Bildung und Kontakte zu Kindern sind durch Eltern nicht zu ersetzen.

### Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... gerne weiter als Abgeordneter arbeiten. Die Aufgabe bringt mir wirklich viel Spaß.

### Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... mir wünschen, dass jeder Jugendliche durch die Schule angeleitet die Politik nicht nur aus der Theorie, sondern aus der Sicht des praktischen Umsetzens kennen lernt. Wer zum Beispiel einmal eine Skaterbahn vom Wunsch über die Planung und Entscheidung bis zum Bau begleitet hat, merkt, dass man etwas verändern kann, wenn man sich selbst dranmacht. Man muss es nur

tun. Kenntnisse über Sokrates und Machiavelli sind zwar nett, doch helfen sie nicht unbedingt im praktischen Handeln.

### Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... die Hobbit-Filme 1-3 und zum Abschluss Loriot's „Ödipussi“ zeigen.

### Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm einen Aufenthalt auf Helgoland anraten. Einen Rundgang auf der Nebeninsel „Düne“, den Lummenfelsen bei Sonnenuntergang und, und, und ... einfach wunderbar und erholsam.

### Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... den Motor zerstören und die Maschine im Museum ausstellen. Die Zukunft wird noch entschieden und die Vergangenheit sollte ruhen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

**Redaktion:**

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L145, Düsternbrook Weg 70, 24105 Kiel  
Tobias Rischer (verantwortlich)  
Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers

Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Detlef Ziep

Tel. 0431/988-1527, detlef.ziep@landtag.ltsh.de

**Fotos:**

R. Simon, T. Eisenkrätzer, M. August, D. Ziep, J. Wergin, K. Blaas, V. Albers, Landesarchiv, Friesenrat, Sandra von Hoorn, Carsten Reeder/dpa, Heike Hering/pixelio, Gila Hansen/pixelio, Siegfried Matlok, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Stiftung Herzogtum Lauenburg, time./fotocase.de

**Konzept:**

Stamp Media im Medienhaus Kiel,  
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

**Gestaltung, Layout:**

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher,  
Gartenstr. 27, 24103 Kiel, www.loadsmann.de

**Herstellung, Druck:**

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239  
24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

**Bezug der Landtagszeitschrift:**

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L149, Postfach 7121,  
24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119,  
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,  
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. März 2015

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)



# TAG DER OFFENEN TÜR

*Politik erleben*

*Sonntag, 12. Juli 2015  
10 bis 18 Uhr*

**INFORMATIONEN • FÜHRUNGEN • LIVE-DEBATTEN  
KINDERPROGRAMM • UNTERHALTUNG • MUSIK**

**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG • LANDESHAUS • DÜSTERNBROOKER WEG 70 • 24105 KIEL**



Nr. 1/2015 C 2086

Falls Empfänger-Adresse nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**  
**Schleswig-Holsteinischer Landtag,**  
**Referat für Öffentlichkeitsarbeit,**  
**L149, Postfach 7121, 24171 Kiel**

## TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

### 4. Mai in Lübeck: Gedenken an das Kriegsende

**Im Mai jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 70. Mal. Der Landtag gedenkt dieses Ereignisses mit einem Festakt in der Lübecker Marienkirche am 4. Mai. Gäste sind herzlich willkommen.**

In Europa schwiegen die Waffen nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. Für Norddeutschland ist aber auch der 4. Mai ein bedeutsamer Tag. Er markiert die Teilkapitulation für das Gebiet von der Ems-Mündung bis zur Kieler Förde sowie für die Niederlande und Dänemark. Eine Abordnung des Oberkommandos der Wehrmacht ergab sich auf dem Timeloberg bei Lüneburg den britischen Truppen unter Generalfeldmarschall Montgomery.

Die Gedenkstunde in Lübeck beginnt um 17:00 Uhr mit einer ökumenischen Andacht, gestaltet vom Landesbischof der Evangelischen Nordkirche, Gerhard Ulrich, und dem katholischen Erzbischof von Hamburg, Stefan Heße. Während eines Orgel-Zwischenspiels ab 17:30 Uhr haben Gäste, die nicht an der Andacht teilnehmen möchten, die Gelegenheit, die Marienkirche zu betreten. Um 17:45 Uhr wird Landtagspräsident Klaus Schlie die Gäste begrüßen. Nach einem Grußwort des Lübecker Bürgermeisters Bernd Saxe folgt eine Ansprache des britischen Botschafters Sir Simon McDonald. Die Gedenkfeier endet gegen 19:00 Uhr.

Die musikalische Gestaltung übernehmen das Marinemusikkorps Kiel unter Leitung von Fregattenkapitän Friedrich Szepansky sowie die Lübecker Knabenkantorei unter Marienkantor Michael D. Müller.

Die Marienkirche in der Lübecker Altstadt ist eine „Nagelkreuzgemeinde“ und repräsentiert damit die besondere Verbundenheit mit Großbritannien. Ausgangspunkt der 58 deutschen Kirchen mit diesem Titel ist das Nagelkreuz, das aus den Ruinen des von deutschen Bombern zerstörten Coventry erschaffen wurde.

### Poetry Slam op Platt

Dichterwettstreit op Platt: Am Dienstag, den 12. Mai, treten Schleswig-Holsteins niederdeutsche Hobby-Schriftsteller im Landeshaus zum Poetry Slam an. Die Teilnehmer tragen ihre selbstgeschriebenen Texte mit norddeutschem Wortwitz vor, die Zuhörer küren anschließend per Applaus den Sieger. Der Landtag organisiert die Abendveranstaltung gemeinsam mit der NDR 1 Welle Nord, die diese Verbindung aus traditioneller Mundart und dynamischem Vortrag schon seit mehreren Jahren regelmäßig auf die Bühne bringt. **Die Einzelheiten (Uhrzeit, auftretende Künstler, Infos zur Anmeldung) standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Näheres hierzu ist auf [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) zu finden.**

### Goedtke-Ausstellung im Landeshaus

Der Eulenspiegelbrunnen in Mölln, der Taschenmann in Ratzeburg, der Segler auf hoher Stele am Kieler Ostseekai – die Werke von Karlheinz Goedtke prägen das Bild vieler Städte in Schleswig-Holstein. Am 15. April 2015 wäre der Bildhauer 100 Jahre alt geworden. Zum Gedenken an Karlheinz Goedtke hat die Stiftung Herzogtum Lauenburg gemeinsam mit dem Lions Club und der Stadt Mölln eine Ausstellung zusammengestellt. Vom 3. bis 28. Juni präsentieren der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein im ersten Stock des Landeshauses ausgewählte Werke des Künstlers. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie ihren Personalausweis mit. Zuvor, vom 15. April bis zum 15. Mai, ist die Ausstellung im Stadthauptmannshof in Mölln zu sehen.



Zwei Bronze-Skulpturen von Karlheinz Goedtke: links der „Hahn“ aus dem Jahr 1987, daneben „Christus stillt den Sturm“ aus dem Jahr 1991. Neben diesen je circa 50 Zentimeter hohen Werken werden im Landeshaus auch größere Exponate zu sehen sein.

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

**Donnerstag, 2. April, in Lübeck**

**Dienstag, 21. April, in Heide**

**Donnerstag, 7. Mai, in Lübeck**

**Dienstag 19. Mai, in Heide**

Die Termine in **Lübeck** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150, von 10:00 bis 17:00 Uhr statt.

Die Termine in **Heide** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21, von 11:00 bis 15:00 Uhr statt.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1231.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.

### Neue Plenar-Termine im Dezember

Der Landtag kommt eine Woche später als bisher angekündigt zu seiner Dezember-Sitzung zusammen. Das Plenum soll jetzt vom Mittwoch, den 16., bis Freitag, den 18. Dezember, tagen. Darauf hat sich der Ältestenrat verständigt. Grund für die Verlegung ist der Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe am ursprünglichen Sitzungstermin Anfang Dezember.